7. Jahrgang,
Nummer 228

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Dienstag,
6. Oktober 192[illegible]

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 Mk., monatlich 1,80 Mk., Einzelnummer 10 Pfg. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544.

Mit den Gratisbeilagen:
„Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe"
„Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau, Trebnitzer Straße 60. Telephon: Breslau, Ring 8887. Filialexpeditionen: Bunzlau, [illegible] weg 41 b, Lauban, Neußere Görlitzer Straße 1, Liegnitz, [illegible] Straße 40, Sagan, Stadtwiese 4. Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 60, Telephon: Breslau, R. 8887. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

Vom Tage

Eine Berliner Beamtenversammlung protestierte gegen das Verhalten der Regierung in der Besoldungsfrage und nahm eine dementsprechende Resolution an.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen in der Hohenlimburger Metallindustrie sind 3000 Metallarbeiter ausgesperrt worden.

Als Täter bei dem Fememord an dem Reichswehrschützen Panier sind nunmehr namentlich der Oberleutnant Schulz, der Fähnrich Meder, der Freiherr von Senden und andere ermittelt worden.

Der sozialistische Abgeordnete Paul Boncourt ist von dem Präsidenten Painlevé als französischer Kriegsminister in Aussicht genommen.

In Toskana wurden 15 Kommunisten verhaftet, die Sammlungen für einen inhaftierten Genossen veranstaltet haben.

33000 niederschlesische Bergarbeiter gekündigt!

Ein Schandmanöver der Grubengewaltigen

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Waldenburg 5. Oktober.

Ihrer Ankündigung, einen 15-prozentigen Lohnabbau für Waldenburg-Neurode durchzuführen, lassen die Grubenkönige nunmehr ihren ersten Kampfschritt folgen. Den Betriebsräten der Waldenburger und Neuroder Gruben wurde heute von ihren Direktionen eröffnet daß morgen allen im niederschlesischen Bergrevier beschäftigten Arbeitern die Kündigung zugestellt werden soll. Die Gruben seien unrentabel, so daß die Direktion nicht in der Lage sei, die laut Schiedsspruch zu zahlende siebenprozentige Lohnerhöhung zu gewähren. Gleichzeitig erklären die Grubengewaltigen, daß alle Bergarbeiter, die ohne die sieben Prozent Zulage weiter arbeiten wollen dies innerhalb zehn Tagen ihrem Steiger zu melden haben. Die Kündigung wird 33000 Bergarbeiter treffen.

*

Was wollen die Grubenbarone nun mit dieser neuen Maßnahme erreichen? Zunächst fällt es in die Augen, daß die Kündigung der Bergarbeiter erfolgt im Moment des Besuches des Ostausschusses. Nachdem nämlich die Grubenherren in Oberschlesien neue Staatsgeschenke in Form von Aufruhrentschädigungen bekommen sollen, wollen die Waldenburger Unternehmer die Gelegenheit benutzen, ebenfalls sogenannte Subventionen auf Kosten der arbeitenden Steuerzahler zu erpressen. Gleichzeitig aber wollen sie durch die Kündigung einen vertragslosen Zustand herbeiführen, um ab 1. November den angekündigten Lohnabbau durchzuführen. Um die Bergarbeiter zu beruhigen, erklären die Unternehmervertreter den Betriebsräten, man „meine es gar nicht so schlimm", die Kündigung sei nur formell und man wolle damit endlich erreichen, daß die Regierung die Forderungen des niederschlesischen Bergbaues berücksichtige.

Werden die niederschlesischen Bergarbeiter auf diesen Leim kriechen? Werden sie abwarten, bis der Tag der Kündigung gekommen, oder werden sie endlich den Grubenbaronen das antworten, was der englische Bergarbeiterführer Cook den dortigen Grubenbaronen auf die ewigen Klagen über die Unrentabilität des Bergbaues und die Notwendigkeit des Lohnabbaues geantwortet hat?

„Es ist Eure Sache, dafür zu sorgen, daß die Betriebe rentabel werden. Wir bestehen auf unseren aufgestellten Lohnforderungen und werden jeden Versuch, die Löhne abzubauen mit der allgemeinen Arbeitsniederlegung beantworten."

Die Bürokraten des Bergarbeiterverbandes stehen dem neuesten Manöver der Grubenkapitalisten hilflos gegenüber und setzen die Taktik des Zögerns und Zauderns, die sie bei den letzten Lohnverhandlungen übten, weiter fort. Sie wollen erst mehrere Tage verstreichen lassen, damit die Kampfstimmung gelähmt wird. Diese Absicht der Bürokraten, den Kampfeswillen der Kumpels zu brechen, muß durchkreuzt werden durch sofortige Einberufung von Belegschaftsversammlungen. In allen Betrieben müssen die Kumpels zur Lage Stellung nehmen und die Gewaltmaßnahmen der Unternehmer mit einer Offensive beantworten. Allgemeine Arbeitsniederlegung, Verweigerung der Notstandsarbeit, das muß die Antwort der Kumpels auf das neue Manöver der Unternehmer sein. —

Die Ruhr-Bergarbeiter fordern 20 Prozent Lohnerhöhung!

(Eig. Drahtb.) Essen, 6. Oktober.

Wie wir hören, steht eine Konferenz der vier Bergarbeiterverbände bevor, die sich mit neuen Lohnforderungen befassen wird, da bekanntlich augenblicklich im Ruhrbergbau ein vertragsloser Zustand besteht. Die Bergarbeiterorganisationen werden 15 bis 20 Prozent Erhöhung fordern.

Wie die Preise „gesenkt" werden

Motto: Erbsen und Speck ist ein schönes Gericht,
Aber ach, wir kriegen es nicht.

Das Gedächtnis der deutschen Massen ist so kurz, daß es notwendig ist, selbst an Dinge, die erst ein paar Tage alt sind, immer wieder zu erinnern. Wie war es doch am 1. Oktober? Pünktlich zum 1. Oktober hat uns die Luther-Regierung zwar nicht den versprochenen Preisabbau, aber doch wenigstens einen — langen Zeitungsartikel über ihre Preispolitik beschert, der in der D. A. Z. 261 Zeilen füllte. In ihm wird „festgestellt":

Die Banken haben versprochen ihre Provisionen zu ermäßigen. Die Reichsbank speziell wird auf die Preissenkungsaktion „Bedacht" nehmen. Die Frage der Aufhebung der Geschäftsaufsicht wird „gefördert", die Frage der Herabsetzung der Gebühren wird „geprüft". Die wichtigsten Betriebe „werden Sorge tragen . . ." „Den Mißbräuchen des Kartellvereins wird begegnet werden . . ." „Der Kleinhandel wird kontrolliert werden . . ." Die Landesregierungen werden das Reich dabei unterstützen. Insbesondere werden sie sich der Obstverkäufer annehmen usw.

Wie steht es wirklich? Die Umsatzsteuer ist auf 1 Prozent ermäßigt. Die Eisenbahntarife sind für eine Reihe Lebensmittel herabgesetzt. Die Frage ist jedoch offen gelassen, ob diese Maßnahmen wirklich in einer Preissenkung zum Ausdruck kommen oder ob sie nicht, wie wir glauben, und wie es bisher immer war, in der Tasche von Industrie, Landwirtschaft und Handel als Extraprofite stecken bleiben. Auch dieser Teil der langen Regierungserklärung ist also nur ein Beruhigungspulver für die Massen, die glauben sollen, daß etwas geschieht. Eine Reihe von beabsichtigten Preiserhöhungen, so verkündigt die Regierung, sind zurückgenommen. Außerdem stellt die Regierung fest, daß Margarine, Getreide, Kartoffeln billiger sind, was wohl heißen soll: hier braucht man sich um Verbilligung nicht zu bemühen. Wir erlauben uns festzustellen, daß die Regierung doch wohl nicht bloß Stillstand der Preissteigerung, sondern Abbau der Preise versprochen hat. Preisabbau weil die Preise schon damals im August zu hoch waren!

Weiter behauptet der Lobgesang, den sich die Regierung in ihrer Bescheidenheit selbst geschrieben hat, daß in Textil-, Schuh- und Lederwaren Preisherabsetzungen erfolgt seien. Dazu schreibt der Wirtschaftspolitiker des „B. T.", Feder:

„In Textilien, Schuh- und Lederwaren sind Preisherabsetzungen erfolgt. Davon war bisher nichts bekannt, wenn man Einzelfälle ausnimmt, die sich aus Notlage und Schleuderverkäufen erklären. Die Baumwollwaren sind in Deutschland um 27 Prozent teurer als die gleichwertige Ware im Ausland. Für Kohle und Zement verheißt die Regierungserklärung eine Preissenkung „zum Teil erheblich über das durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer bedingte Maß hinaus. Wirklich? Der Kohlenpreis wird um ein halbes Prozent herabgesetzt, also um den Betrag der Umsatzsteuerermäßigung. Der Zement um 1 Prozent. Hat man schon einmal gehört, das eine Preiserhöhung um eineinhalb Prozent oder um ein Prozent vorgenommen worden ist?"

Am 8. August, daran muß man doch erinnern, sagte Herr Luther im Reichstage:

„Die Reichsregierung wird allen in Betracht kommenden Verbänden der Wirtschaft, gegenüber eine einheitliche Preissenkung für den 1. Oktober, den Tag des Inkrafttreten der Senkung der Umsatzsteuer, nachdrücklichst betreiben."

Also einheitlichen Preisabbau hat die Regierung verheißen. Nicht mehr und nicht weniger. Heute kommt sie daher und beschwichtigt uns, daß doch wenigstens die Automobile (Freu dich, Prolet!) billiger geworden sind. Und in Berlin ist der Brotpreis von 40 auf 35 Pfennig, also um 12½ Prozent gesunken, während die Getreidepreise bekanntlich infolge der internationalen Rekordernte um 40 Prozent gesunken sind!

Aber vergleichen wir die Preise vom 8. August und vom 1. Oktober.

	8. August	1. Oktober
Rindfleisch	1,10—1,80	1,10—2,—
Kalbfleisch	1,25—2,75	1,50—2,75
Hammelfleisch	1,10—1,30	1,10—1,40
Schweinefleisch	1,25—1,80	1,40—2,30
Gefrierfleisch	0,45—0,85	0,75—1,70
Butter	1,80—2,20	1,95—2,60
Eier	0,10—0,17	0,12—0,10
Margarine	0,65—1,—	0,70—1,—
Gänse	1,25—1,55	1,25—1,60
Hühner	1,25—1,60	1,20—1,70
Enten	1,30—1,60	1,25—1,70
Milch	0,34	0,34
Briketts	1,57	1,57
Gaskoks	2,22	2,22
Elektr. Strom	0,16	0,16
Gas	0,16	0,16
Wasser	0,17	0,17

Wo bleibt die einheitliche „Preissenkung", die der Reichskanzler am 8. August versprach? Sie ist zu einer einheitlichen Preissteigerung geworden.

Die Lutherregierung ist die politische Firma der Großstriellen und Agrarier. Wollte sie eine Preissenkung, so hätten sie die Kartelle der Großindustrie auf die Knie zwingen müssen. Niemand wird ihr auch nur die Absicht zutrauen. Das aber ist der entscheidende Punkt der ganzen „Regierungsaktion". Sie hat sich mit den industriellen Verbänden „verständigt". Alles weitere ist offenes Geheimnis. Um die hohen Preise der deutschen Industriellen und Agrarier zu verteidigen (vor ausländischer Unterbietung) hat doch die Lutherregierung die Zollvorlage gemacht! Um den Preiswucher zu schützen, ist dies Zollgesetz noch am 1. Oktober in Kraft getreten. Wie könnte die Regierung Schutz der Preise und Abbau der Preise gleichzeitig durchführen?

Unter dem Versprechen des Preisabbaus haben die Regierungsstellen die Lohnforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgelehnt. Die Aktennotiz des Herrn Syndikus Meißinger über eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium zeigt die Regierung als willfähriges Werkzeug des Kapitals. Wenn die Regierung auch nicht Absicht und Willen zu einer wirklichen Senkung der Preise hat, so ist sie doch zu einem Preisabbau fest entschlossen: zur Herabdrückung des Preises der Arbeitskraft . . ., der Löhne und Gehälter in ihrem realen Wert.

Eröffnung in Locarno!

(Eig. Drahtb.) Locarno 5. Oktober.

Der Eröffnung der Konferenz gingen zahlreiche Erklärungen der führenden Staatsmänner voraus, die sämtlich die lyrische Linie bezogen und von dem „himmlischen Stück Erde", auf dem doch unbedingt „Friede geboren" werden müsse, schwärmten. Bemerkenswert ist einzig die Erklärung Luthers, daß die Fragen des Völkerbundes und des Sicherheitspaktes zusammengeschweißt seien. Das Rückgrat der deutschen Vertreter fängt also schon vor dem Sturm bedenklich zu schwanken an.

Pfaffengeplärr und eine pompöse Messe leiteten dann die Konferenz ein. Strahlend saß die deutsche Delegation, nicht wie sonst am Ende eines langen Tisches, sondern „gleichberechtigt" an einer quadratischen Tafel.

Als erster sprach Chamberlain. Dieser monokelgeschmückte, steife Engländer entpuppte sich plötzlich als ein Freund der „formlosen Unterhaltung". Darunter versteht Chamberlain den Verzicht auf einen Vorsitzenden, den Verzicht auf eine Generaldebatte und eine schnelle Durchpeitschung der einzelnen Artikel des Paktes, wie sie von den Sachverständigen in Locarno aufgestellt worden sind.

Diese Durchpeitschung ist das Charakteristische des Konferenzbeginns. Sie zeigt, daß in Locarno doch nur Theater gespielt wird, daß auch die deutsche Delegation längst gebunden ist.

Kampfloser Rückzug der Marokkaner

(Eig. Drahtb.) Paris, 6. Oktober.

Alle französischen und spanischen Siegesmeldungen verschweigen, daß es sich nur um örtliche Erfolge handelt, die nicht von entscheidender strategischer Bedeutung sind. Zweifellos ziehen sich die Rifkabylen zurück, da sie mit ihren geringen Kräften an einen Widerstand nicht denken können. Ihre stärksten Verbündeten sind das unwegsame Rifgebirge und die einsetzende Regenzeit. In der Gegend von Fez regnet es bereits unaufhörlich. Alle Nachrichten über eine schon vorbereitete Flucht Abd el Krims sind Erfindungen zur Stimmungmache.

Der Aktionsausschuß der Kommunistischen Partei Frankreichs beschloß einen 24stündigen Generalstreik gegen den Marokkokrieg, Steuern und Teuerung. Genosse Marcel Cachin wurde vom Untersuchungsrichter vernommen wegen eines Plakates, das die französischen Soldaten zur Verbrüderung mit den Rifkabylen auffordert.

KPD. und Arbeitslose

Ueber eine Million erwerbslos! — Vor einer Verdoppelung und Verdreifachung!

Vom Polbüro des Z.-K. der KPD. wird uns geschrieben:

Nach dem letzten amtlichen Bericht hat sich in der Zeit von Anfang bis Mitte September die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 231 000 auf 251 000, d. h. auf rund 9 v. H. erhöht. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 209 000 auf 229 000 erhöht, während die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger sich nur unwesentlich geändert hat. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsberechtigten) ist in derselben Zeit von 287 000 auf 305 000 gestiegen.

Diese amtlichen (!) Zahlen erfassen in Wirklichkeit kaum ein Drittel der Erwerbslosen, so daß die Gesamtzahl über eine Million beträgt. Seit Mitte September hat sich die Zahl der Erwerbslosen erneut wesentlich erhöht. Aus allen Teilen des Reiches laufen Meldungen über planmäßige Einschränkungen und Stillegungen von Betrieben, von weiteren Feierschichten im Bergbau und damit massenhaften Arbeiter- und Angestelltenentlassungen ein. Die Berichte der Landesarbeitsämter sind voller Weltmismus. Aus ihnen geht hervor, daß angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf eine Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse für absehbare Zeit nicht zu rechnen ist, so daß für den kommenden Winter mit einer

Verdoppelung und Verdreifachung der jetzigen Arbeitslosenzahl

gerechnet werden muß. Das Ziel des Unternehmertums ist Aushungerung der werktätigen Massen durch wochenlange Arbeitslosigkeit, um dann jenen Teil der Werktätigen wieder einzustellen, der protestlos die ihm diktierten Arbeitsbedingungen — Zehn- und Zwölfstundentag bei schlechterem Lohn — annehmen wird. Dabei können sich die Unternehmer voll und ganz auf das Reichsarbeitsministerium stützen, das durch seine Schiedsspruchpraxis bewußt einseitig die Interessen des Unternehmertums vertritt.

Ist schon die Lage der noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiterschichten auf Grund ihrer doch völlig unzulänglichen Lohnverhältnisse und der trotz aller Reden und Beschlüsse über Preisabbau täglich sich steigernden Preissteigerungen der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände unerträglich, so bedeutet diese Entwicklung für das Millionenheer der Erwerbslosen die Katastrophe. Die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen reichen kaum zur Bestreitung der nacktesten Lebensbedürfnisse. In zahlreichen Fällen hat die Notlage der Erwerbslosen bereits dazu geführt, daß sie aus ihren Wohnungen herausgesetzt worden sind, weil sie nicht in der Lage waren, die fälligen Mieten zu zahlen. Die Hausbesitzer, die sich auf eine Verordnung des Reichswohlfahrtsministeriums stützen, gehen in der rücksichtslosesten Weise bei Mieterrückstand vor. Auf Grund dieser Verordnung sind bereits in zahlreichen Fällen, besonders in Berlin und im besetzten Gebiet, erwerbslose Familien auf die Straße gesetzt und in unhygienische, gesundheitsschädliche Notquartiere, die vielfach ohne Heizung und Wasserleitung sind, zusammengepfercht worden. Die Regierungen überhören die Notschreie der Arbeitslosen und kümmern sich den Teufel um das zum Himmel schreiende Elend. Die ungeheure Notlage der Arbeitslosen einerseits, die

völlige Tatenlosigkeit der Behörden und Regierungen

andererseits hat unter den Arbeitslosen eine große Erregung ausgelöst. In vielen Städten Deutschlands haben sich die Opfer der kapitalistischen Erfüllungspolitik in großen Versammlungen mit ihrer Notlage beschäftigt und Forderungen erhoben. Teilweise mit Erfolg, so z. B. in Herne, wo es im Stadtverordnetenkollegium möglich war, durch den Druck der kommunistischen Stadtratsfraktion einen Antrag der Erwerbslosen auf Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge um 100 Prozent zur Annahme zu bringen. In Hamburg, in Düsseldorf, Essen und einer Reihe anderen großen Städten haben sich die Arbeitslosen an die Fraktionen der Stadtparlamente mit konkreten Forderungen gewandt, wobei sich herausstellte, daß nur die Kommunistischen Fraktionen sich bereiterklärten, für diese Forderungen zu kämpfen.

Die Organisationen, die in erster Linie berufen wären, den Kampf der Arbeitslosen zur Sicherung ihrer Existenz zu führen, die Gewerkschaften und insbesondere der ADGB., rühren keinen Finger. Ebensowenig die SPD. Auch die Arbeiter in den Betrieben verstehen heute noch nicht, daß die Frage des Arbeitslosenelends und dessen Beseitigung nicht eine Frage der Arbeitslosen allein ist, sondern eine Frage der gesamten Arbeiterschaft. Diese mangelnde Erkenntnis zu brechen muß eine der Hauptaufgaben unserer Genossen in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen sein. Unsere Genossen müssen den Arbeitern, die heute noch im Produktionsprozeß stehen, klar machen, daß sie morgen dasselbe Schicksal treffen kann, unter dem heute die Arbeitslosen leiden. Nur wenn der Kampf der Arbeitslosen ein Kampf der Gesamtarbeiterschaft wird, kann er mit Erfolg geführt werden.

Die Forderungen,

die die Arbeitslosen zur Sicherung ihrer Existenz aufstellen, müssen von der Gesamtarbeiterschaft aufgegriffen und zu eigen gemacht werden. Der Kampf der kommunistischen Stadtparlamentsfraktionen wird nur dann von Erfolg sein, wenn die gesamte Arbeiterschaft geschlossen die Kommunisten in den Stadtparlamenten unterstützt und die Gewerkschaften und ihre Spitzenorganisationen zwingt, die Kraft ihrer Organisation für die Durchführung dieser Forderungen einzusetzen. Diese Kampagne gilt es, überall planmäßig einzuleiten. Die Forderungen, die in den Stadtparlamenten erhoben und für deren Durchführung alle Arbeiterorganisationen und die Massen mobilisiert werden müssen, sind in erster Linie:

1. **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um mindestens 100 Prozent;**
2. **Die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützungssätze;**
3. **Anrechnung der Rente auf die Unterstützungssätze darf nicht erfolgen, wenn dem Rentenempfänger durch sein Leiden besondere Kosten erwachsen;**
4. **andere Abzüge von den Unterstützungssätzen dürfen nicht erfolgen;**
5. **die Stadtverwaltungen müssen gezwungen werden, von der Landes- und der Reichsregierung die sofortige Inangriffnahme großer Notstandsarbeiten zu fordern, um die Arbeitslosen, insbesondere die ausgesteuerten, bei Bezahlung des vollen Tariflohnes zu beschäftigen;**
6. **Streckung der Karenzzeit von 26 resp. 39 Wochen nach dem § 18 der Verordnung der Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 und sofortige Wiederaufnahme der Ausgesteuerten in die Erwerbslosenfürsorge.**

Außerdem müssen von den Erwerbslosen in Verbindung mit den Betriebsräten, Arbeiterorganisationen und den kommunistischen Stadtratsfraktionen durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Kinderspeisung eingeleitet und durchgeführt werden. Dabei ist als allgemeine Maßnahme gegen die Teuerung zu fordern, daß die Stadtverwaltungen für verbilligte Lebensmittel für die Arbeitslosen sorgen. Die kommunistischen Fraktionen müssen beantragen, daß alle Inflations- und Kriegsopfer, kinderreiche und ausgesteuerte Kurzarbeiter und Erwerbslose je nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit Zuschüsse zu ihren Unterstützungssätzen in Form von Naturalienforderungen erhalten.

Weiter gilt es, durchgreifende Maßnahmen gegen die Wohnungsnot zu treffen. Die Stadtverwaltungen müssen durch Gesetze verpflichtet werden, Mittel bereitzustellen, um in dringenden Fällen einen Zuschuß zur Wohnungsmiete zu leisten, vor allen Dingen aber zum Bau von Arbeiterwohnungen unter kommunaler Regie und Verwaltung. Weiter muß zur Linderung der gegenwärtigen Wohnungsnot nachdrücklichst verlangt werden, durch Beschlagnahme von großen Wohnungen Wohnmöglichkeiten für die unter der Wohnungsnot leidende Bevölkerung zu schaffen. Diese Maßnahmen sind um so notwendiger, da durch die auf den Friedensstand erhöhte Miete eine neue Flut von Räumungsklagen kommen und dadurch das Wohnungselend noch mehr verschärft wird, als es bis jetzt der Fall war.

Bei all diesen Forderungen kommt es darauf an, eine breit angelegte, gut vorbereitete Kampagne unter den breiten Massen der Arbeiterschaft und ihren Organisationen zu führen, wobei die Kommunisten parlamentarisch wie außerparlamentarisch all ihre Kräfte zur Verfügung stellen müssen.

Ist der Deutsche Beamtenbund eine gelbe Organisation?

Auf der letzten Tagung des Beamtenbeirats der SPD. ist es bekanntlich zwischen den freigewerkschaftlich organisierten Beamten und den Anhängern des Deutschen Beamtenbundes zu den heftigsten Auseinandersetzungen gekommen. Der Parteivorstand hat die letzteren gegen den Vorwurf, daß sie Gelbe seien, nachdrücklich in Schutz genommen und die Freigewerkschafter desavouiert. Dabei steht einwandfrei fest, daß die dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Organisationen in jeder Beziehung wirtschaftsfeindlich sind. So bezeichnet z. B. die Satzung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, eine der stärksten Organisationen des DBB., als Zweck des Verbandes u. a.: „Hebung des Standesbewußtseins und „Pflege der Kollegialität und Vaterlandsliebe" (das ist ein ehrwürdiges Ueberbleibsel aus der Zeit Wilhelms II, wo jede Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Seine Majestät geschlossen wurde!). Als Mittel zur Erreichung der Verbandsziele wird bezeichnet, „Gewährung einer Beerdigungsbeihilfe, Abschlüsse mit Versicherungsgesellschaften" und ähnliche Herrlichkeiten mehr. Von irgendwelchen gewerkschaftlichen Mitteln oder Zielen im ganzen Statut keine Spur. Zur Vervollständigung dieses Bildes muß man noch wissen, daß die Verbandsbeiträge durch die Post vom Gehalt abgezogen und dem Verband übermittelt werden. Die Frage, ob eine derartige Organisation gelb ist oder nicht, erübrigt sich angesichts solcher Tatsachen vollständig.

Und in einer solchen Organisation stehen eine Reihe von Sozialdemokraten in führender Stellung, darunter sogar Abgeordnete. Sie haben noch nie das geringste unternommen, um aus diesem ausgesprochenen Standesverein eine wirkliche Gewerkschaft zu machen. Im Gegenteil, wo sich eine Opposition unter den Mitgliedern bemerkbar macht, wie neuerdings in Rheinland-Westfalen und an anderen Orten, treten sie im trauten Verein mit Zentrumsleuten und Volksparteilern als Beschwichtigungsräte auf.

Die Massen der Beamten aber, die nicht länger mit sich Schindluder treiben lassen wollen, müssen endlich in engster Anlehnung an die oppositionelle Arbeiterschaft den rücksichtslosen Kampf gegen die gelben Führer aufnehmen.

Die USPD. für Listenverbindung

Dem Bezirksverband Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei ist von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei folgende zustimmende Antwort auf den Vorschlag zur Listenverbindung zugegangen:

„An den Bezirksverband Berlin-Brandenburg der KPD.,
z. H. des Genossen Torgler.

Werte Genossen!

Im Besitze Eures Schreibens vom 1. Oktober 1925 teile ich hierdurch mit, daß wir bereit sind, mit Euch bei der kommenden Stadtverordnetenwahl Listenverbindung einzugehen.

Wir werden unsere Genossen davon unterrichten, daß die seit dem 22. August 1925 gepflogenen Verhandlungen zu einem praktischen Resultat im Interesse des Proletariats geführt haben.

Unsere Vertrauensmänner haben wir für Montag, den 5. Oktober 1925 zur Unterschriftleistung der Verbindungserklärungen zusammenberufen und werden wir Euch dann die Erklärungen zur weiteren Veranlassung zusenden.

Mit proletarischem Gruß

USPD.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
I. A.: Otto Loose."

Wir begrüßen diesen Schritt der USPD., so klein die Gruppe der USPD. auch ist, sie zeigt jedenfalls den ehrlichen Willen, daran mitzuwirken, daß eine Bürgerblockmehrheit in der kommenden Stadtverordnetenversammlung verhindert wird.

Der rote Späher

Aus dem Tagebuch des Bäckers Lissitschkin

2 Erzählung aus Sibirien von Neskutschny

II.

Auf Besuch bei den Weißen

So war es denn beschlossene Sache! Ich gehe zu den Weißen. Nur ich kann das tun, kein anderer. Allzumal gerückt, allzu offensichtlich war die ungeheure Gefahr, die unserer Sache drohte: Ein Verräter, ein Spion im Herzen, mitten im Nervensystem des roten Stabes!

Ich erhob mich und ging ins Zimmer des Genossen Petroff. In der Türe stießen wir aufeinander. Er wollte gerade zu mir. Ich zeigte ihm den Bericht der Weißgardisten. Es bedurfte keiner langen Verhandlungen mit ihm.

„Weißt du, Wasja", sagte er, „ich bin weder ein Pinkerton noch ein Sherlock Holmes. Meine Sache ist es, die Weißen zu schlagen und zu vernichten und immer wieder zu schlagen. Du hast als erster die Existenz des Spions entdeckt, du bist Mitglied des Revolutionären Kriegsrats, du sollst auch die Sache ganz in die Hand nehmen. Handle im Interesse der Revolution. Sonst habe ich nichts dazu zu sagen. Ich heiße alles gut und bin mit allem im voraus einverstanden, was du tust."

Es wurde beschlossen, im Interesse der Geheimhaltung, im Tagesbefehl meine Abreise nicht zu erwähnen.

„Ich werde dich erwarten," sagte Petroff, „wenn du alles erledigt hast, wirst du kommen und mir berichten. Damit Schluß! Hier, rauch dir eine Zigarette an! Wann fährst du?"

„Heute, gleich. Wie, auf welche Weise, das wird sich schon zeigen. Hauptsache ist, daß ich fahre."

„Auf Wiedersehen, Bruder, viel Glück!"

Wir küßten uns. Ich verließ das Stabsquartier...

Jeder, der den Gang des Bürgerkrieges kennt, weiß auch, daß es keine besonderen Schwierigkeiten verursacht, die Kampffrontlinie zu durchqueren, aus einem Lager ins andere zu gelangen und die Etappe des Feindes zu erreichen. Die Front im Bürgerkrieg ist keine ununterbrochene Linie von Schützengräben, Befestigungen, Wällen und Feldposten. Nur auf den Kampfpunkten, hauptsächlich an den Verkehrswegen, längst der Eisenbahndämme, in der Nähe der Wasserstraßen sind Sperren, Drahthindernisse errichtet, gibt [illegible] Fronten. Je weiter man aber diese kleinen Fronten rechts oder links umgeht, umso eher gelangt man in Gegenden, wo weder von der einen, noch von der anderen kriegführenden Seite etwas zu merken ist. In diesen „neutralen" Gegenden erscheinen bald die Weißen, bald die Roten, manche gehen weiter, manche machen angesichts der strategischen Wichtigkeit des Ortes halt. Zeitweilig entsteht hier eine neue Front; oft aber wissen selbst die Bewohner nicht, ob sie in den Bereich der „Roten" oder der „Weißen" gehören.

Da ich die Stellung unserer, wie auch der weißgardistischen Truppenteile genau kannte, wußte ich, daß etwa 200 Kilometer nördlich von uns, hier und da kleine Dörfer lagen, wo sich weder rote noch weiße Truppe aufhielten. Dort wollte ich hingelangen, war es etwa 40 Kilometer bis zur Bahnstation Onuchewo, dem Endpunkt der in der Zone der Weißen liegenden Eisenbahnlinie nach der Stadt Taiginsk, wo sich das Hauptquartier der uns gegenüberstehenden weißen Armee befand.

Ich hätte ja auch direkt durch die beiden Frontlinien zu den Weißen gehen können. Unsere Wachen hätten mich ohne weiteres passieren lassen. Aber ich wagte nicht, das zu tun. Nicht etwa, weil die Gefahr größer gewesen wäre. Ich hätte auf diese Weise sogar Zeit gewonnen. Aber die ganze rote Armee kannte mich von Angesicht und mein Erscheinen in der vordersten Linie und mein Uebergang auf die andere Seite hätte unnützes Gerede bei den Genossen Rotarmisten verursacht, und dieses Gerede hätte auch in die Bevölkerung und dann zu den Weißen durchsickern können.

Ich ging nach Hause, überlegte sorgfältig die ersten Schritte, die ich zu tun hätte, holte alles, was ich brauchte, herbei ... und nach Verlauf einer halben Stunde brachte mich der Kraftwagen unseres Stabes in laufender Fahrt auf einer ausgezeichnet gepflegten Chaussee nach Norden. Der Chauffeur war mein alter Freund, ein Mechaniker. Seit langer Zeit schon verband uns brüderliche Freundschaft; mehr als einmal hatte er in den Wechselfällen des Krieges mir das Leben gerettet. Ich konnte mich auf ihn verlassen, wie auf mich selbst. Aber auch er wußte nichts weiter, als daß er mich zu einem bestimmten Punkte zu bringen, dann ins Stabsquartier zurückzufahren und zu schweigen habe, wie ein Fisch im Wasser ...

Genau achtundvierzig Stunden später, nachdem der Bericht der Weißgardisten angelangt war, näherte sich der Station Onuchewo ein auf Krücken humpelnder Invalide. An Stelle des linken Arms baumelte ihm ein leerer Aermel von der Schulter. Am Aermel war das Georgskreuz angeheftet.

Der Invalide humpelte die Station entlang, erkundigte sich, wann der Zug nach Taiginsk fahre und setzte sich zu einer Gruppe von Schaffnern, die mit ihren Köfferchen gekommen waren, den Zug zu übernehmen. Als der Zug zusammengestellt war, ging der Invalide zum Stationskommandanten und erhielt, nachdem er seine Dokumente vorgelegt hatte, von ihm die Erlaubnis, mit einzusteigen.

In den Dokumenten war zu lesen, daß der verkrüppelte Invalide aus deutscher Gefangenschaft komme und in seine Heimat, in die Stadt Taiginsk zurückkehre. Es zeigte sich, daß der Invalide auch ein wenig Geld besaß und so erhielt er denn vom Zugführer die gnädige Erlaubnis, sich ins Dienstabteil zu setzen. Er ließ auch eine Flasche Schnaps herumreichen und wurde von der Gesellschaft wie ein Bruder aufgenommen. Gesprächig war er freilich gerade nicht. „Ich fahre heim. Wen werd ich zu Hause noch vorfinden? Sechs Jahre bin ich nicht mehr daheim gewesen." Doch goß auch er, der Gesellschaft zu Liebe, ein Gläschen hinter die Binde.

III.

Bei den „Bäckern"

Ich erreichte Taiginsk am frühen Morgen. Es dämmerte. Ich erkundigte mich, wie die Hauptstraße zu erreichen sei, und humpelte langsam dahin.

Es war nicht so leicht, vorwärtszukommen. Auf der einen Seite behinderte mich die ungewohnte Krücke, auf der anderen das im Knie gebogene Bein mit dem daran geschnallten Holzfuß. Alle diese Ausrüstungsgegenstände hatte ich in dem „neutralen" Dorfe von einem invaliden Hirten erhalten, und ich gab für sie einen alten Zarenrubelschein, über den der alte Hirt unsäglich erfreut war.

„Du willst wohl Almosen betteln gehen?" hatte er mich neugierig gefragt.

„Erraten, Alterchen! Das will ich. Einem Krüppel gibt man eher etwas."

Das alte Georgskreuz hatte ich irgendwo in einer Hütte gefunden, und es hatte lange Zeit bei mir herumgelegen. Jetzt, am Mantel angesteckt, tat es mir gute Dienste, da es meinen Charakter als Invaliden des Weltkrieges noch verstärkte.

(Fortsetzung folgt.)

Polen und Rußland

Von Karl Radek.

Die polnische Presse widmet anläßlich des Besuches Tschitscherins in Warschau viel Aufmerksamkeit den Beziehungen zur Sowjetunion. In den Zeitungen der verschiedensten Richtungen macht sich eine neue Linie bemerkbar. Es wäre lächerlich, ein Hehl daraus zu machen, daß gleichzeitig die alte Hetze und die alten Erfindungen fortgesetzt werden. Aber immerhin ist ein bedeutsamer Umschwung in der Stimmung der leitenden Kreise Polens zu verzeichnen, Versuche, Wege zu einer polnisch-russischen Annäherung zu suchen. Wir wollen versuchen, uns in die Motive der sich bemerkbar machenden Veränderungen hineinzudenken und klar darüber werden, ob wir es mit vorübergehenden Stimmungen, mit irgendeinem taktischen Zickzack zu tun haben, oder ob es sich um ernsthaftere Veränderungen handelt.

Polen wurde geschaffen dank dem Siege der russischen Revolution, der Zertrümmerung des deutschen Imperialismus und dem Siege der Entente. Aber in der polnischen öffentlichen Meinung gilt als Erzeuger Polens nur die Entente. Die deutsche ebenso wie die russische Revolution galten in der polnischen öffentlichen Meinung als polenfeindliche geschichtliche Erscheinungen. Polen orientierte sich auf die Entente. In den ersten Jahren pflegte man in Polen den Begriff „Entente" nicht zu zergliedern. Die Entente als solche galt als Schutzengel Polens.

Aber Sagen verflüchten sich. Mit jedem Tage mehr muß sich Polen überzeugen, daß die alte Entente nicht mehr besteht, denn die Aufgabe, um derentwillen die Entente geschaffen wurde — die Organisierung des Sieges über den deutschen Imperialismus — ist gelöst. Polen muß sehr sorgfältig die Veränderungen verfolgen, die in dem Verhältnis der verschiedenen Großmächte gegenüber Polen vor sich gehen. Was ergibt eine Analyse dieses Verhältnisses?

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten gegenüber Polen trägt sehr platonischen Charakter. Es ist selbstverständlich, daß die amerikanische Regierung und die amerikanischen Gesandten in Warschau die besten Gefühle gegenüber Polen hegen. Der polnische Außenminister Graf Skrzynski hatte bei seinem Amerikabesuch im Sommer dieses Jahres die Möglichkeit, nicht nur in der politischen Welt zu sprechen, wo alle großen Männer Europas ihre Freundschaft für Amerika beteuern, sondern er hatte auch die Möglichkeit, als Propagandist für die polnische Sache vor der amerikanischen Bourgeoisie aufzutreten.

Das Ergebnis dieser mit größter Reklame unternommenen Reise war jedoch nur eine bescheidene Zehnmillionen-Dollar-Anleihe zur Stützung des Zloty-Kurses. Wenn man in Betracht zieht, daß ein Grafentitel in Amerika sehr viel bedeutet, und daß der neue Jason, bevor er sich auf die Reise nach dem goldenen Vlies begab, um die amerikanischen Bankiers günstig zu stimmen, sich beeilte, mit den Juden in Polen einen Waffenstillstand zu schließen, dann muß man dieses Ergebnis mehr als bescheiden nennen. Polen braucht eine Anleihe von 250 Millionen Dollars, um eine Gesundung seiner Wirtschaft einleiten zu können. Politisch zeigen die Vereinigten Staaten von Amerika für die Fragen der polnischen internationalen Lage sehr wenig Aktivität. In der europäischen Politik gehen sie vorläufig Hand in Hand mit England, wobei es so ist, daß, wenn bei dieser Zusammenarbeit das ökonomische Uebergewicht auf amerikanischer Seite liegt, in politischer Hinsicht die führende Rolle England gehört.

Wie ist nun das Verhältnis des englischen Imperialismus gegenüber Polen? Dieses war niemals sonderlich heiß, schon aus dem einfachen Grunde, weil zwischen Polen und Frankreich besonders nahe Beziehungen bestanden. Zur Zeit des polnisch-russischen Krieges stellte sich die öffentliche Meinung Englands nicht auf die Seite Polens, und wenn man die Schachzüge Lloyd Georges auf dem diplomatischen Schachbrett der damaligen Zeit sorgfältig untersucht, dann wird es offensichtlich, daß er nicht viel dagegen eingewendet hätte, wenn wir mit Polen den Frieden in Warschau abgeschlossen hätten.

In den letzten fünf Jahren und insbesondere in den letzten zwei Jahren haben sich die Beziehungen zwischen England und Polen unabhängig vom Regierungswechsel verschlechtert. Die Ursache dieser Verschlechterung ist darin zu suchen, daß die grundlegende Orientierung Englands in Europa — die Wiederherstellung Deutschlands ist. Natürlich hat der englische Imperialismus, wie das von Mr. Chamberlain wiederholt unterstrichen wurde, vor nichts mehr Angst als vor der Logik in der Politik. Er ist bereit, auch Deutschland als Scheidemünze zu behandeln, wenn dies die Umstände erfordern sollten, wenn man unter dem Druck der Lage in Asien Frankreich bestechen müßte. Aber soweit die englische Politik überhaupt einen Plan hat, besteht dieser Plan darin, aus Deutschland ein Gegengewicht gegen Frankreich und die Sowjetunion zu schaffen. Wie weit diese Gedanken schon gediehen sind, das beweist die Tatsache, daß im Frühling dieses Jahres nicht nur Herr Philip Carr in der Zeitschrift „Round Table", sondern die „Times" selbst erklärten, daß ein Gleichgewicht in Europa nur geschaffen werden kann, entweder durch allgemeine Entwaffnung oder durch eine Bewaffnung Deutschlands. Und da in England an die allgemeine Entwaffnung nur die Quäker glauben, so besteht das tatsächliche englische Programm in einer gewissen Bewaffnung Deutschlands. Dafür ist die Zeit noch nicht gekommen; aber das deutsche Auswärtige Amt ist nicht ohne Grund überzeugt, daß die Engländer an der Frage der Entwaffnung Deutschlands jedes Interesse verloren haben.

Polen erblickt darin eine Gefahr für sich. Die Verhandlungen über den Garantiepakt sind noch nicht beendet. Aber wenn sie etwas mit absoluter Klarheit bewiesen haben, so dies, daß England auf keinen Fall gewillt ist, die polnischen Grenzen zu garantieren. Vielleicht wird unter dem Druck Frankreichs — in einem Seitenzimmer — noch so etwas wie ein polnisch-deutscher Schiedsgerichtsvertrag zusammengeschustert werden. Aber in diesem Zimmer, wo dieser zweite Vertrag unterzeichnet werden wird, wird kein englischer Vertreter als Garant anwesend sein und der Vertrag selbst wird keine endgültige Anerkennung der polnisch-deutschen Grenze enthalten. Deutschland, welches freiwillig die französisch-deutsche Grenze anerkennt, beruft sich in bezug auf die Grenzen mit Polen im Gegenteil auf das Völkerbundsstatut, das gestattet, die Frage der Annullierung veralteter internationaler Verträge aufzurollen. Der Sinn der verschiedenen Beziehung in Deutschland und England gegenüber den französisch-deutschen Grenzen wird in Polen so gedeutet, daß Deutschland, nachdem es sich gefestigt hat, die Frage des Danziger Korridors und Oberschlesiens aufwerfen, und daß, wenn es dies in einem passenden Augenblick tut, auf keinen Widerstand Englands stoße, wird.

Als die einzige Großmacht, die unbedingt zu Polen steht, wird in polnischen Kreisen nur Frankreich angesehen. Aber diesen Kreisen konnte nicht entgehen, daß das spezifische Gewicht Frankreichs in der Weltpolitik in den letzten Jahren geringer geworden ist. Frankreich mußte auf die Zerstückelung Deutschlands verzichten, es mußte ebenfalls verzichten auf das Recht, selbständig aus Deutschland Reparationszahlungen herauszupressen. Jetzt wird Frankreich auch auf die selbständige Festlegung seines Rechtes auf den Schutz Polens verzichten müssen. Mag es auch Frankreich gelingen, so oder anders, diesen Verzicht zu verschleiern, England verlangt jedenfalls, daß die Entscheidung der Frage über dieses Recht dem Völkerbund überlassen bleibt. Alle diese Veränderungen sind das Ergebnis der finanziellen Abhängigkeit Frankreichs von England und Amerika und der Veränderungen, die in den kleinbürgerlichen Massen Frankreichs, die vom Kriege müde sind, vor sich gehen. Polen verdächtigt nicht die Absichten Frankreichs, aber es hegt die größten Zweifel darüber, ob Frankreich im Falle der Gefahr in der Lage sein wird, Polen zu verteidigen.

Auf diese Weise ist die Hoffnung Polens auf den Schutz der ganzen Entente, die Hoffnung, die die Grundlage der gesamten polnischen Außenpolitik war, in beträchtlichem Maße geschwunden.

Daher die Annäherung an Sowjetrußland.

Die Aussagen des Gen. Rakosi

Wie ein Kommunist antwortet

Wir entnehmen nachstehende Schilderung des Verhörs des Genossen Rakosi der bürgerlichen, scharf antibolschewistischen Budapester Zeitung „Pesti Naplo". Die Methoden der Zeugenvernehmung beim Budapester Polizeipräsidium sind allgemein bekannt. Der „Delinquent" wird in der grausamsten Weise so lange gefoltert, bis er ein im voraus verfertigtes Protokoll, worin natürlich alle ähnlichen Schauermärchen über Bombenattentatspläne u. w. enthalten sind, unterzeichnet. Diese und ähnliche Methoden wurden nach ausländischen Pressemeldungen und nach Erzählungen gutinformierter Budapester Leute auch gegenüber den jüngst verhafteten Genossen in vollem Umfange angewendet. Das geht selbst aus den polizeilich zensurierten Meldungen der bürgerlichen Presse hervor, wenn zum Beispiel berichtet wird, daß der Weg des Genossen Rakosi von seiner Zelle zum Verhör (den ein gesunder Mensch in höchstens einer Minute zurücklegen kann) zehn Minuten dauerte, und daß er „nicht imstande war, seine Aussagen stehend zu erstatten". Es zeugt vom unerschütterlichen proletarischen Heldenmut unserer Genossen, wenn aus ihnen trotz dieser Folterungen außer einem mutigen Bekenntnis zum Kommunismus nichts herauszupressen war, insbesondere nichts, was die Polizei gegen andere Genossen hätte ausnützen können. (Die Redaktion.)

Die „Pesti Naplo" vom 26. September schreibt:

Vor der meritorischen Vernehmung Rakosis forderte Polizeipräsidentstellvertreter Hetenyi ihn auf, seine Personaldaten anzugeben. Rakosi erzählt, daß er in Adony bei Müskolcz geboren und 36 Jahre alt sei. Er habe die Orientalakademie absolviert; seine Muttersprache sei ungarisch und er beherrsche außerdem sechs fremde Sprachen in Wort und Schrift.

Er erwähnt stolz, daß er zwei Brüder hat, die er für die kommunistische Idee gewann.

„Leben Ihre Eltern?" fragt Hetenyi.

„Ich weiß es nicht. Es interessiert mich auch wenig. Mich interessiert nur die Idee und ich habe auch mein ganzes Leben nur dem Dienst der Idee gewidmet. Es interessiert mich nichts, was mit dieser meiner Idee nicht im Zusammenhange steht."

Diese Antwort Rakosis hat auch den Polizeipräsidentstellvertreter überrascht. Es war jedoch festzustellen, daß nicht Herzlosigkeit aus ihm gesprochen hat, sondern die fanatische Liebe zu seinem Lebensziel, das sein Inneres und seine Gedanken völlig beherrscht.

„Haben Sie sich nach allem Vergangenen nicht gefürchtet, nach Ungarn zurückzukehren?" fragte Hetenyi. „Um nichts anderes zu erwähnen, hätten Sie sich dessen bewußt sein müssen, daß man gegen Sie wegen des Verdachtes verschiedener schwerer Verbrechen, von Hochverrat und Mord angefangen bis zur Verletzung der persönlichen Freiheit, einen Steckbrief erlassen hat?"

Rakosi antwortet ruhig und gefaßt:

„Ich war mir über alles klar, als ich mich bereit erklärte, meinen Auftrag zu erfüllen. Ich habe im voraus damit gerechnet, daß ich im Falle eines Mißerfolges mit lebensgefährlichen Folgen zu rechnen habe. Ich weiß auch, daß man mich nicht im Wege einer Austauschaktion an die Sowjetunion ausliefern wird, aber ich habe damit auch nicht gerechnet. Ich rechnete vielmehr damit, daß die Budapester Polizei mich nicht finden wird. Ich bin nämlich seit dem Sturze der Räterepublik jetzt nicht zum erstenmal in Ungarn. Ich bin schon zum fünften Male hier, zweimal war ich in Budapest, allerdings nur auf kurze Zeit, sonst in der Provinz. Bei meiner ersten Unterredung war ich dessen sicher, daß ich im Austauschwege nach Rußland werde zurückkehren können. Jetzt aber glaube ich, daß es niemand mehr geben wird, mit dem man mich austauschen könnte. Ohne zu schmeicheln — ich möchte nicht den Anschein erwecken, als wollte ich dadurch meine Lage verbessern — muß ich erklären, ich habe nicht gerechnet, daß sich die Budapester Polizei in den letzten Jahren so sehr entwickelt hat. **Ich empfand nur Erleichterung, daß ich nicht besser und vorsichtiger gearbeitet habe, und jetzt kann ich schon sagen, ich bereue daß ich nicht früher meine Arbeit begonnen habe, da ich so bald verhaftet wurde."**

Nach diesen Erklärungen Rakosis ging man auf das Wesen der Sache über. Rakosi hat aber erklärt, er sei nicht gewillt, irgendein Geständnis abzulegen, er verweigerte auch jede Auskunft, höchstens sei er dazu bereit, zu dem von der Polizei bisher beschafften Material, wenn es ihm vorgelegt werde, Bemerkungen zu machen.

Als es sich um prinzipielle Fragen des Kommunismus handelte, war Rakosi gerne bereit, Antwort zu geben, so es entwickelte sich sogar eine sozialpolitische Debatte zwischen ihm und dem Polizeioffizier.

Wie er sagte, sei er bereit, „seine Konzeption zunächst in das notwendige Licht zu stellen", und sagte darüber buchstäblich folgendes:

„Das Ziel meiner Reise war: das Ingangsetzen der bolschewistischen Propaganda und Organisation ..."

Auf die Frage, welchen Anteil er, beziehungsweise die Kommunistische Partei an der Gründung der Vagi-Partei hatte, gibt er folgende Antwort:

„An der Gründung der Vagi-Partei hatte die Kommunistische Partei den Anteil, daß sich ein Teil der Kommunistischen Partei den aus der Sozialdemokratie Ausgeschiedenen angeschlossen hat und bestrebt war, die Arbeiterschaft in revolutionärer Richtung zu beeinflussen. Damals war ich eigentlich in Moskau, es mag so um den April herum geschehen sein."

*

Das offiziöse „8-Uhr-Blatt" („8-Orai-Ujsag") schildert das Verhör folgendermaßen:

„Rakosi war durch die Gefangenschaft ziemlich hergenommen. Seine Augen sind eingefallen, sein Gesicht blaß und farblos, als er in das Zimmer des Polizeipräsidentenstellvertreters kommt ....

Als man Rakosi befragte, mit wem er in Wien verkehrt habe, und wer sich von diesen Leuten gegenwärtig im Gewahrsam der Budapester Polizei befinde, antwortete Rakosi nicht sofort, sondern erklärt nach kurzer Ueberlegung:

„Bitte, ich erinnere mich an nichts mehr, aber wenn ich mich auch an etwas erinnern würde, wäre ich nicht bereit, meine Genossen der Polizei auszuliefern ...."

Umsonst richtete der Polizeipräsidentstellvertreter weitere Fragen an den ehemaligen Volkskommissar bezüglich der Namen der mit ihm in Verbindung gestandenen Kommunisten; Rakosi bleibt hartnäckig bei der Verweigerung der Auskunft und will keinen erkennen, den man ihm vorführt. Endlich, als er des langen Befragtwerdens müde war, erklärt er in einem gereizten Ton:

„Die Herren können mich so lange fragen, wie sie wollen. Ich kann nur sagen, daß ich mir über alles klar war, als ich mich bereit erklärte, meinen Auftrag durchzuführen. Ich weiß auch, daß die ungarischen Behörden auf Grund des Standrechtes über mich urteilen werden und vielleicht werde ich selbst der Todesstrafe nicht entgehen. Meine Freunde werde ich aber unter keinen Umständen keiner Polizei der Welt ausliefern ... Sie sitzen, meine Herren, jetzt in der Loge, und freuen sich, da sich doch ein Volkskommissär der Räterepublik in Ihren Händen befindet. Aber ich wiederhole: Sie irren sich gewaltig, wenn Sie glauben, daß ich Ihnen auch nur irgendwelche Angaben liefern würde, die die Untersuchung erleichtern können. Machen Sie mit mir, was Sie wollen. Sie können mich, meine Herren, auch aufhängen, aber lagen werden sie nichts."

Auf diese ziemlich kategorische Erklärung Rakosis haben die Polizeioffiziere nicht reagiert und stellten ihm andere Fragen. Man wollte besonders aus ihm herausbringen, was das eigentliche Ziel seiner Budapester Reise gewesen ist.

„Die Propagierung der bolschewistischen Idee und die Ingangsetzung der Organisierung" — antwortete der ehemalige Volkskommissär — „die Arbeit der Organisierung und der Werbung habe ich auf mich genommen."

Aus der Betonung des Wortes „ich" geht hervor, daß er die ganze Verantwortung für die Organisierung der Kommunisten auf sich nehmen will."

*

Der jugendliche Genosse Weinberger erklärte den bürgerlichen Berichten zufolge, als er zum Verhör vorgeführt wurde, er sei bereit, über jede beliebige Frage Auskunft zu geben, nur über die Angelegenheit, wegen der er verhaftet wurde, verweigere er jede Auskunft.

Internationaler Gefangenenaustausch?

Eine Unterredung mit Kalinin

(Von unserem Moskauer Berichterstatter.)

Die „Leningrader Prawda" bringt eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjet-Union, dem Genossen Kalinin, über den Vorschlag der deutschen Arbeiterdelegation an die Sowjetregierung zur Frage des Austausches der in den Gefängnissen der kapitalistischen Länder schmachtenden proletarischen politischen Gefangenen gegen die in Rußland gefangengehaltenen Sozialrevolutionäre und Menschewisten. Genosse Kalinin sagte:

„Ich halte den Vorschlag der deutschen Delegation für wert, daß die Sowjetregierung ihn aufs sorgfältigste prüft. Die Arbeiter- und Bauernregierung der Sowjetunion verfolgt lebhaft alle Erscheinungen des weißen Terrors in den kapitalistischen Ländern. Mit Empörung lesen wir über das hemmungslose Toben des weißen Terrors in Bulgarien und die grausame Unterdrückung der bessarabischen Bauernschaft durch die rumänischen Machthaber, über die Hinrichtungen von Arbeiter-Revolutionären in unseren Nachbarländern, über die Erschießung chinesischer Arbeiter und über die vielen Tausende eingekerkerter Arbeiter und Bauern in den Gefängnissen der kapitalistischen Länder, über die beispiellosen Folterungen und Mißhandlungen, die den revolutionären Gefangenen gegenüber in einer ganzen Reihe von Ländern angewandt werden.

Wir können demgegenüber nicht gleichgültig bleiben, schon deshalb, weil die Opfer des weißen Terrors in ihrer überwiegenden Mehrzahl Arbeiter und Bauern sind, die für die gleichen großen Ziele kämpfen, für die auch wir kämpfen. Wir sind deswegen aus dem Gefühl der Klassensolidarität heraus bereit, um die Befreiung der in den Gefängnissen der kapitalistischen Länder schmachtenden Vorkämpfer der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft zu erreichen, alles mögliche zu tun."

*

Auf die Frage, ob die Sowjetregierung einverstanden ist, einen Austausch der politischen Gefangenen zu den Bedingungen, wie sie von der Internationalen Roten Hilfe aufgestellt sind, vorzunehmen, erwiderte Kalinin:

„Die Internationale Rote Hilfe hat bereits, soviel mir bekannt ist, seit langem den Vorschlag gemacht, einige hervorragende Konterrevolutionäre — Sozialrevolutionäre, die sich in den Sowjetgefängnissen befinden — gegen revolutionäre Arbeiter, die in kapitalistischen Gefängnissen sitzen, auszutauschen. Leider ist der Aufruf, den die Exekutive der Internationalen Roten Hilfe an die 2. Internationale gerichtet hat, bisher unbeantwortet geblieben, und ebenso ist jede Einwirkung auf die Regierungen, in denen Vertreter der 2. Internationale sitzen, unterblieben. Das läßt die Schlußfolgerung zu, daß die 2. Internationale zusammen mit den bürgerlichen Regierungen daran interessiert ist, die revolutionären Arbeiter und Bauern und erst recht die die Kommunisten nach wie vor in den Gefängnissen zu halten, und daß die 2. Internationale gar nicht daran denkt, die Befreiung der in den Sowjetgefängnissen sitzenden Menschewisten und Sozialrevolutionäre zu erreichen.

Fünf Milliarden neue französische Schulden

In Washington wurde dem französischen Schuldenparlamentär Caillaux mitgeteilt, daß „außerdem" Frankreich von der Kriegszeit her den Amerikanern noch 4 Milliarden und 900 Millionen schulde — also, die Zinsen laufen weiter — bald rund fünf Milliarden. Seit dem Friedensschluß figurierte diese „Kleinigkeit" niemals im Budget.

„Welch windige Verwaltungsgenies, welch tägliche Rechnungsfähre waren unsere ‚Finanziers', die bis heute eine solche Schuld ‚übersahen'?" fragt die Humanité. Caillaux reist von Washington ab, ohne ein Abkommen getroffen zu haben. Man darf auf die nächsten Manöver des amerikanischen Finanzimperialismus gegen Frankreich gespannt sein. Ihre politische Auswirkung wird nicht ausbleiben und sich unmittelbar im Verlauf der Garantieverhandlungen äußern. Diese „neuen" fünf Milliarden französischer Schulden erschweren also Frankreich noch mehr als bisher das freie Handeln. Merkwürdigerweise reagiert vorläufig die Pariser Börse nicht auf diese neue Fünfmilliardenschuld. Dies wohl nur, weil Hochfinanz und Schwerindustrie schon die Parole ausgeben: „Handel mit Sowjetrußland — Ostorientierung."

Neue Unruhen in Syrien

Konstantinopel, 5. Oktober.

In Damaskus kam es zu schweren Unruhen, die sich in erster Linie gegen die Franzosen richteten. Eine Menge von über 5000 Mohammedanern überflutete das Fremden- und Regierungsviertel, bevor noch militärische Absperrungsmaßnahmen getroffen werden konnten. Französische Offiziere wurden schwer mißhandelt. Von mehreren Regierungsgebäuden wurde die französische Flagge abgerissen und niedergetreten.

Aus der russischen Wirtschaft

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen wird für die Ukraine in diesem Operationsjahr auf 45,5 Millionen Rubel geschätzt. Die Produktion der Ukrainischen Landwirtschaftsmaschinenfabriken stellt sich in diesem Operationsjahr gleichfalls auf 45,5 Millionen Rubel. Da aber der Trust der Ukrainischen Landwirtschaftsmaschinenfabriken für 25 Millionen Rubel Maschinen in andere Teile der Sowjetunion versandte, so wird die Ukraine ausländische Maschinen in Höhe von 16 Millionen Rubel einführen müssen. Durch die Staatliche Handelsstelle sind bereits im Auslande Aufkäufe von landwirtschaftlichen Maschinen begonnen worden.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Eisenwaren aller Art, Werkzeuge
Oefen und Herde
in jeder Preislage — Ofenbau-Artikel
Haus- u. Küchengeräte :: Ia Solinger Stahlwaren

Eisen-Brandt
Inhaber: Fritz u. Max Brandt, Breslau, Nikolaistr. 63a, Ecke Neue Weltgasse
Ausstellungsfenster: Nikolaistraße 63a und Neuschenhöhle 58

Geräte und Gebrauchsgegenstände
für Landwirtschaft und Hausbesitz
Baubedarfsmaterialien
Herbst- u. Winter-Bedarfsartikel für jeden Zweck

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545
Täglich 8 Uhr:
Uschi

Liebich-Theater
Telephon Ring 1646
Oktober 1925
Täglich 8 Uhr!
Sensations-Gastspiel
Sackie
Der Seelöwe als Komiker
Bonhair-Truppe
Deutsche Meister-Ikarier
8 Academy-Girls
Englische Jugend in Tanz und Gesang
Willy Boleskö
Rheinisch. Komiker
Kapelle Stern
Das berühmte Jazz-Orchester
Müller-Schadow-Quartett
i. d. Gesangsszene im Klosterkeller
Dormondes
Der Lachschlager
Sam Linfield Comp.
Stiefel-Villa
Ritter & Knappe
Kraft und Humor
Prof. Max Lichtmann
Mundharmonika-Virtuose
Selma Braatz
Fangspiele

Circus Busch
Täglich 7½ Uhr
Sonntags ab 3 Uhr
Hausch Rausch & Busch
mit
Anna Müller-Linke
Lachen ohne Ende
Breslau nol. Wasser
im Circusprogr. u. a.
Der Altmeister der hohen Schule
Georg Burkhardt-Footlit
Die berühmte Clown-Familie
Price-Comp.
Vorzk. a. 10 Uhr: Circusk. Karalch und Gelber Radler

Spielplan
von Sonntag, den 4. Oktober bis Montag, den 12. Oktober

Lobetheater
Sonntag, den 4. Oktober bis Freitag, den 9. Oktober abends 8 Uhr — „Der Kreidekreis" Spiel nach dem Chinesischen von Klabund
Sonnabend, den 10. Oktober abends 8 Uhr — Erstaufführung! „Der Tartüff" Lustspiel von Molière Musik von Händel, Mozart und Rameau
Sonntag, den 11. Oktober vormittags 11 Uhr — Erstaufführung! Morgenfeier „Das Apostelspiel" von Max Mell
Sonntag, den 11. Oktober abends 8 Uhr — Zum 25. Male! „Der Kreidekreis" Spiel nach dem Chinesischen von Klabund
Montag, den 12. Oktober abends 8 Uhr — „Der Kreidekreis" Spiel nach dem Chinesischen von Klabund

Thaliatheater
Sonntag, den 4. Oktober bis Montag, den 12. Oktober abends 8 Uhr — „Der Wehrgreis" Komödie v. Werner Scheudell

Stenotypistin
durchaus perfekt Maschine und Stenographie
sofort gesucht.
Angebote mit Lebenslauf u. Gehaltsansprüchen unter A. M. 100 an die Expedition der Zeitung, Trebnitzer Straße Nr. 50, erbeten.

Achtung! Lesen und ausschneiden Achtung!
Sonder-Angebot!
100000 Aluminiumtöpfe 10 Mk. franko
pro 11 Stück lt. Abbildung (geg. Vorkasse od. Nachnahme) und zwar
5 Schmortöpfe mit Deckel ¾, 1, 2, 3, 4 Liter Inhalt sowie
6 Milchtöpfe mit Zierrand
Ausserdem liefere ich auf Wunsch mit:
Schmortöpfe 5 6 Litr. Inhalt
pro Stück 2.30 3.— Mk.
Anläßlich des 25jährig. Fabrikjubiläums gebe ich 100000 Töpfe als Reklame ab
Metallindustrie H. Seuthe, Holthausen bei Plettenberg Nr. 1195
150 Arbeitsmaschinen — 3000 qm Fabrikräume
Bedingung: Inserat beilegen. Hauptkatalog wir jeder Sendung beigelegt. Lieferant höchster Staatsbeamter. — Postscheckkonto: Frankfurt 9049

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815
Spielplan vom 4. bis 11. Oktober
Sonntag, den 4. Oktober, 7 Uhr: Tannhäuser
Montag, den 5. Oktober, 7½ Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor
Dienstag, den 6. Oktober, 8 Uhr: Der Barbier von Sevilla
Mittwoch, den 7. Oktober, 8 Uhr, 3. Vorstellung im Abonnement: Intermezzo
Donnerstag, den 8. Oktober, 7½ Uhr: Tosca
Freitag, den 9. Oktober, 7 Uhr: Tannhäuser
Sonnabend, den 10. Oktober, 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen
Sonntag, den 11. Oktober, vorm. 11½ Uhr, 1. Morgenfeier: Les petits riens. Hierauf: Die Ruinen von Athen (kleine Preise)
Abends 7½ Uhr: Die Fledermaus

Suche ein grosses Zimmer
Offerten unter G. 100 an Exp. Schles. Arbeiter-Zeitg.

Abonnenten der Schlesischen Arbeiter-Zeitung
erhalten gegen Vorzeigung der der letzten Quittung für Rasieren und Haarschneiden ermäßigte Preise
M. Brünn, An den Kasernen 5
Zeitung liegt aus

Allen Arbeiter-Gesangvereinen
empfehle die Kompositionen von P. H. Ortmann
Soeben erschien Auferstehung (gem. Chor)
Man verlange Partituren zur Ansicht. Zu beziehen durch den Verlag der freien Sängergemeinschaft Deutschlands.
Paul Mittau, Düsseldorf
Siegstraße 15.

Oskar Hielscher
Altwasser
Fahrräder / Nähmaschinen / Kinderwagen
und Ersatz- und Zubehörteile
Bevor Sie anderweitig kaufen, hören Sie meine Preise

DER PARTEI-ARBITER ERSCHEINT
in den nächsten Tagen. Alle Kolporteure müssen sofort Bestellungen aufgeben
KEIN FUNKTIONÄR OHNE PARTEI-ARBEITER
Proletarische Literatur-Vertriebsstelle Schlesien
Max Zschocher, Breslau 10, Trebnitzer Str. 50

Heinrich Sindermann
Altwasser
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

R. Königsberger Nachfolger
Landeshut i. Schles.

Adolf Menzel
Landeshut i. Schl.
Motorfahrzeuge :: Fahrräder
Näh-Maschinen :: Auto-Bereifungen
Reparatur-Werkstatt
Emaillier- u. Autogene Schweiß-Anlagen

Billigste Lebensmittel
reellste Bedienung
Albert Stosch
Breslau X
Herzogstraße Nr. 36

Jeder Arbeiterzeitungsleser, Proletarier, Gewerkschaftler
darf nur seinen Bedarf in Baumwollwaren, Wäsche, Kleiderstoffen im
Wiemohaus, Reuschestraße 20/21 decken.
Weshalb? Weil wir durch immer größer werdenden Umsatz in der Lage sind, die Preise infolge großer Einkäufe auf das Minimum zu reduzieren.

Genosse! Du saboterst Deine Zeitung
wenn Du nicht bei jedem Einkauf auf dieselbe hinweist und in den Geschäften, die nicht in Deiner Zeitung inserieren wollen, noch weiterhin Deine Waren kaufst! Jeder Geschäftsmann, jedes Verkehrs-Lokal, alle
müssen in Deiner Zeitung inserieren!

Lokales

Ruhe und Ordnung

Dem Ostausschuß zum Gruß!

Wenn Millionen arbeiten, ohne zu leben,
Wenn Mütter den Kindern bloß Milchwasser geben —
Das ist Ordnung.
Wenn Werkleute rufen: „Laßt uns ans Licht!
Wer meine Arbeit stiehlt, muß vors Gericht!"
Das ist Ordnung.
Wenn Tuberkulöse zur Drehbank rennen,
Wenn dreizehn in einer Stube pennen —
Das ist Ordnung.
Aber wenn einer ausbricht mit Gebrüll,
Weil er sein Alter sichern will —
Das ist Unordnung.
Wenn Erben von Renten im Schweizer Schnee
Jubeln, und sommers am Comer See —
Dann herrscht Ruhe.
Wenn Gefahr besteht, daß sich die Dinge wandeln,
Verboten wird, mit dem Boden zu handeln —
Dann herrscht Unordnung.
Die Hauptsache ist: Nicht auf Hungernde hören.
Die Hauptsache ist: Nicht das Straßenbild stören.
Nur nicht schrein.
Mit der Zeit wird das schon.
Alles bringt euch die Evolution.
So hats euer Volksvertreter entdeckt.
Seid ihr bis dahin alle verreckt?
So wird man auf euern Gräbern doch lesen:
„Sie sind immer ruhig und ordentlich gewesen!"

Theobald Tiger.

Siegi ist beleidigt!

Motto: Oh, hättest Du doch geschwiegen.

Es gibt einen Grad von Blödsinn, der nicht mehr totgeschwiegen werden kann. Nach diesem Rezept scheint die „Schles. Volksstimme", das bankrotte völkische Organ Breslaus, sich die Beachtung erringen zu wollen, die ihm auf anderem Wege versagt geblieben ist.

Wir haben bereits vor einigen Tagen einige Rüpeleien dieses an chronischem Mitgliederschwund leidenden Blättchens festgestellt. Daraufhin sendet uns Blättchens „Chefredakteur" Herr Siegfried Herrmann — der eigentlich Siegi Hehmann heißt und einer rassenreinen Familie aus Kolomea in Galizien entstammt. — eine sogenannte „Berichtigung", die zwar nichts berichtigt, und nichts zur Sache aussagt, aber dafür solch nette Feststellungen über Siegi selber macht, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Die Berichtigung lautet:

„An die
Schriftleitung der Schlesischen Arbeiter-Zeitung,
Breslau.

In Ihrer Nummer 224 besitzen Sie die Geschmacklosigkeit, meinen persönlichen Namen mit herabsetzenden Glossen zu versehen. Ich gratuliere Ihnen hierzu.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, folgende Berichtigung in Ihr Blatt aufzunehmen:

Es ist unwahr, daß der Schriftleiter der „Schlesischen Volksstimme", Herr Dr. Herrmann, ein verkrachter Akademiker ist, wahr ist vielmehr, daß Dr. Herrmann nicht nur ein ordnungsmäßiges Studium an der Berliner Handelshochschule und der Leipziger Universität absolviert hat, sondern dasselbe auch durch die Diplomkaufmannsprüfung und die Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften abgeschlossen hat. Die sich daran anschließende journalistische Laufbahn rechtfertigt in ihrer Gradlinigkeit nichts, was ihren Träger als verkrachten Akademiker gelten lassen könnte.

Sollten Sie indessen auch noch begreifen können, daß man die Ehre und den Namen eines anderen nicht leichtfertig herunterzerren darf, so stelle ich Ihnen anheim, noch folgende Ergänzung zu obiger Berichtigung zu veröffentlichen:

Es ist unwahr, daß die „Schlesische Volksstimme" fast nur unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint, wahr ist vielmehr, daß ihr Leserkreis ständig im Wachsen begriffen ist.

Es ist unwahr, daß die Nummern der „Schlesischen Volksstimme" elend zusammengeschustert sind, wahr ist vielmehr, daß die „Schlesische Volksstimme" nicht nur unbeirrt und unerschrocken ihre völkisch-nationale Tendenz verfolgt, sondern auch durch ihren gediegenen Inhalt, ihren bedeutenden Mitarbeiterkreis wie sachverständige Aufmachung ein völkisches Kampfblatt ersten Ranges ist.

Es ist unwahr, daß die „Schlesische Volksstimme" jemals die Arbeiter beschimpft hat, wahr ist vielmehr, daß die „Schlesische Volksstimme" sich dadurch besonders der Arbeiterinteressen angenommen hat, daß sie gegen die Auswüchse des Bonzenwesens unter den sogenannten Arbeiterführern scharf vorgegangen ist.

Es ist unwahr, daß Dr. Herrmann ein „neuer Stern am völkischen Himmel" ist, wahr ist vielmehr, daß Dr. Herrmann schon seit über zehn Jahren kraftvoll und zielbewußt für die völkische Weltanschauung kämpft.

Es ist unwahr, daß sich Dr. Herrmann jemals „hahnebüchene Unverschämtheiten" geleistet hat, wahr ist vielmehr, daß Dr. Herrmann in Ausübung seiner politischen Tätigkeit nie die Grenzen des Anstandes und des guten Geschmacks überschritten hat.

Achtungsvoll
gez.: Dr. Siegfried Herrmann.

Der gute Siegi beweist mit dieser famosen Berichtigung, daß er über eine gute Portion Chuzpe verfügt. Er hat aber den Mund ein wenig zu voll genommen. Er behauptet, ein richtiger Akademiker zu sein und zeigt in den paar vorstehenden Sätzen, daß er weder den § 11 des Pressegesetzes kennt, noch ein richtiges oder auch nur verständliches Deutsch schreiben kann (siehe „persönliche Name — ??). Daß er in rasseeigentümlicher Bescheidenheit sich selber „sachverständige Aufmachung", „Anstand" und „guten Geschmack" bescheinigt, sei nur nebenbei erwähnt. Für eins hat der Herr Chefredakteur Siegi mit seiner Berichtigung jedenfalls eine durchschlagende Erklärung gegeben: Für den chronischen Leserschwund seines Blättchens. Wir verstehen es, daß selbst die völkischen Leser ein Grauen ob der geistigen Leistungen ihres Chefredakteurs erfaßt.

Im übrigen ist diese ganze dumm-dreistige „Berichtigung" nichts anderes als eine „Retourkutsche" auf einige unangenehme Feststellungen der Peuvag-Druckereileitung. Nicht einmal zu einer eigenen Idee hat Siegi sich aufgeschwungen. Und sowas

Heuchelei der schlesischen Gefängnisgesellschaft

Für den 11. Oktober ist in Schlesien ein Sammeltag für das Uebergangsheim Gut Paulinenhof (Kreis Glogau) für entlassene Gefangene festgesetzt worden. Besitzer dieses Heimes ist die Schlesische Gefängnisgesellschaft. Das ist eine Vereinigung aller Strafvollzugsbeamten mit den Strafanstaltspfaffen und verschiedenen bürgerlichen „Wohlfahrtsdamen", die so tun, als ob sie ein Herz für die Gefangenen haben. An der Spitze dieser so „philantropischen" Körperschaft steht Herr Strafvollzugspräsident Humann. Jeder ehemalige Gefangene, besonders der politische Sträfling, gerät in Wallung, wenn er an „diesen lieben, um die Gefangenen so außerordentlich besorgten Herrn" denkt.

In dem gesamten schlesischen bürgerlichen wie sozialdemokratischen Blätterwald wird bereits wochenlang in allen Tonarten und allen möglichen Varianten die segensreiche neu geschaffene Einrichtung für entlassene Gefangene, das Gut Paulinenhof, gepriesen. Nach den Pressenotizen des Strafvollzugsamts „sollen auf Gut Paulinenhof die Entlassenen Aufnahme finden, die nach der Strafhaft keine Arbeit und kein Obdach haben. Sie finden dort ein schützendes Heim, in dem sie arbeiten müssen und von dem sie sich in aller Ruhe eine sichere Arbeitsstelle besorgen können. Außerdem seien die Pfleglinge nach der Strafhaft oft entkräftet und müssen sich dort erst erholen". Wenn man das kritiklos liest, glaubt man, dort findet der entlassene Gefangene das Paradies auf Erden.

Nun, wer die Strafvollzugsordnungen der Gefängnisse am eigenen Leibe zu spüren bekommen hat, glaubt nie und nimmer, daß diese erlauchte Gefängnisgesellschaft den Entlassenen wirklich hilfreich sein will. Es vergeht fast keine Woche, wo wir nicht die Grausamkeiten, Mißhandlungen, Schikanen und Behandlungsmethoden der Strafvollzugsbeamten anprangern. Wir werden der Schlesischen Gefängnisgesellschaft zu ihrer kommenden Tagung am 8. Oktober als Willkommensgruß einige besonders grausame Fälle in freundliche Erinnerung bringen.

Auch die so edel hingestellte Tat der Einrichtung des Uebergangsheims Paulinenhof ist alles andere als eine Wohltat für die Entlassenen. Es kann ja auch keine Wohltat sein. Denn der heutige noch mittelalterliche Strafvollzug geht von dem Gedanken aus, daß die Strafe so „gesühnt" werden muß, daß sie abschreckende Wirkung für neue Vergehen hat. Die Gefangenen werden durch die Bank und unterschiedslos als Verbrecher und nicht als Gestrauchelte behandelt. Die Folge davon ist, daß in 99 von 100 Fällen die Gefangenen eben nicht als gebessert zur Entlassung kommen.

Da die Verwalter des Uebergangsheims Paulinenhof nun mit den Strafvollzugsbeamten identisch sind, wird es kein Uebergangsheim, sondern auch eine Gefängnishölle — nur in etwas freier gelegener Luft und Umgebung — sein. Darum heißt es für jeden verständigen Arbeiter: **Die Taschen am 11. Oktober fest zu.**

Die Schlesische Gefängnisgesellschaft meint es trotz aller gegenteiligen Reden mit den Gefangenen schlecht und noch schlechter meint sie es mit den politischen Gefangenen. Diese haßt sie direkt. Die politischen Gefangenen werden nur unterstützt durch die Rote Hilfe, die den Gefangenen nicht nur materiell, sondern moralisch zu Hilfe kommt. Jeder Gefangene ist auch der Roten Hilfe dankbar. Deshalb, **gebt jeden übrigen Groschen der Roten Hilfe.** Sie sind hundertmal besser angewandt als bei der Schlesischen Gefängnisgesellschaft mit ihrem Uebergangsheim Paulinenhof.

Kurze Breslauer Nachrichten

Das Presseamt teilt mit, daß eine Anzahl Wohlfahrtsdirektoren, Bezirksvorsteher und andere „Ehrenbeamte" Unterschlagungen in bisher festgestellter Höhe von 5 962,94 M. gemacht haben.

Kämmerer Matthes, der Hauptverantwortliche für die nicht aufhörenden städtischen Skandale, tritt am 1. April in den Ruhestand.

Gefrierfleisch ist in großen Mengen eingetroffen. Es sind bereits 22 Verkaufsstellen dafür in Aussicht genommen. Für die Arbeiter Gefrierfleisch, für die Besitzenden Geflügel, das sind die ersten Folgen des Wucherzolles.

Ein Lumpenhändler in der Selenkestraße entdeckte bei 150 Pfd. Lumpen zerschnittene, blutige Kleidungsstücke und Frauenhaare, die vermütlich von einem Mord herrühren dürften.

Bei den Justizbehörden sollen eine größere Anzahl seit Jahren beschäftigter Aushelfer entlassen werden.

Das Stadttheater verlangt abermals Erhöhung der bisher gewährten Unterstützungssumme.

Dem „Gabeljürgen" am Neumarkt ist wieder einmal die berühmte Gabel geklaut worden.

Thalia-Theater

„Der Wehrgreis."

Komödie von Werner Schendell.

Eine literarisch völlig bedeutungslose aber zeitgemäße Komödie.

Wer ist der Wehrgreis? Ist es Wilhelm, Ludendorff oder ein sonstiger abgebauter mitteleuropäischer Mandarin, der den Zopf unter der Nase trägt? Nun, es ist ein petite Ludendorff, ein Rittergutsbesitzer, Oberst a. D., ein polternder Feigling. Im Mittelpunkt der Handlung steht ein mißglückter Dorf„staatsstreich" des Wehrgreises, der natürlich bei der Aktion tapfer im Hintergrund bleibt. Der kluge liberale Landrat „entdeckt" mit Hilfe des Gensdarms, der in gleicher Beschaffenheit und Treue auch der „neuen Regierung" dient, die „Verschwörung".

Und wie endet diese Geschichte? Läßt der kluge Landrat den Vollblutidioten, der seine Lakaien zum Mord anstiften wollte, in eine Heil- und Pflegeanstalt sperren? O nein, der Herr Landrat, der „ganz natürlich auch Offizier war", feiert bei einer Flasche Wein, den nötigen Schnäpsen und den üblichen Phrasen von der notwendigen „deutschen Einigkeit" Versöhnung mit dem Besiegten. Insofern ist die Komödie, trotz aller Flachheit, lebenswahr und illustriert die „sozialistische Republik" von 1919.

Die Uraufführung im Thaliatheater war dank der guten Regie von Barnay ein voller Erfolg. Herr Barg als Rittergutsbesitzer Furth verkörperte sehr gut den alten Narren. Völlig unmöglich war Herr Mulle als Leutnant. Herr Rafael als liberalisierender Landrat wurde seiner Rolle gerecht. Auch Maria Schild und Trude Wessely waren auf der Höhe und Herr Habel wußte sogar dem seit Jahrzehnten verulkten deutschen Gendarm einige originelle Züge zu verleihen. Alles in allem eine gute Aufführung. Das Haus war am Sonntag nahezu ausverkauft.

Herr Barnay würde vielleicht täglich beim Wehrgreis ein ausverkauftes Haus haben, wenn Herr Schendell im dritten Akt die Tochter des Wehrgreises mit dem republikanischen Landrat verlobt hätte.

Herr Schendell, diese Unterlassungssünde ist für einen Theaterdichter unverzeihlich! Lernen Sie von Sudermann! D.

Ufa-Theater

„Die Verrufenen."

Film von Heinrich Zille.

Im Ufa-Theater wird augenblicklich ein Film gespielt, der nicht nur turmhoch über allen sonstigen Filmen steht, sondern der einfach mit all diesen anderen Filmen nicht verglichen werden kann. Bei allen anderen Filmen dreht sich alles um das Glück oder Unglück eines Helden oder einer Heldin, hier ist der Held sehr unwichtig, hier ist der Held der gesamte fünfte Stand, das Lumpenproletariat. Gewiß der Inhalt des Films ist bürgerlich sogar konterrevolutionär. Ein Ingenieur kann nach verbüßter dreijähriger Gefängnisstrafe nirgends Arbeit finden. In seiner größten Not, als er sich vor Verzweiflung das Leben nehmen will, wird er von einer Straßendirne daran gehindert. Die Dirne ernährt ihn solange, bis er Arbeit in einer Fabrik bekommt. Er findet aber nicht den Weg zur Arbeiterklasse, sondern rettet sich, indem er die Schwester des Fabrikanten heiratet. Das ist der ganze Inhalt des Stückes. Aber nicht dieser Inhalt des Stückes ist wichtig, sondern die von Zille gezeichneten erschütternden Bilder aus dem Leben des Lumpenproletariats. Das Asyl für Obdachlose, die Kneipen der Verrufenen und dann die Proletarier selber. Wie echt ist der Haß der Emma (der Dirne), als sie die frühere Braut des Ingenieurs, als diese ihm Geld bringt, um ihn zu veranlassen, nach Amerika zu gehen, aus der Wohnung herauswirft und ihr voller Haß „Stücke" nachschreit. Aber das Erschütternste sind die von Zille wunderbar gezeichneten Kinderszenen, wie die Kinder des Proletariats, unsere Kinder, im Elend verkommen. Diese Bilder, deren bitteren Humor wir aus den „Kindern der Straße" kennen, sind eine aufpeitschende Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft, aber nicht nur gegen diese, sondern gegen uns Erwachsene, daß wir all diese furchtbaren Zustände teilnahmslos über uns ergehen lassen und nicht für unsere Kinder, für unsere Zukunft, den Kampf aufnehmen.

Die hohen Eintrittspreise machen es den Arbeitern unmöglich, sich diesen Film anzusehen, vielleicht ist durch die Vermittlung der IAH. möglich, daß die Direktion des Ufatheaters einige billige Volksvorstellungen veranstaltet. G. G.

Schwarz-weiß-roter Klimbim

Brandschütz, Kr. Neumarkt.

Am Sonntag, den 27. September, fand hier ein sogenanntes Volksfest statt. Veranstaltet vom schwarz-weiß-roten Kriegerverein Kl.-Bresa. Wenn man den ganzen Rummel betrachtete, so konnte man feststellen, daß die ganzen patriotischen Reden, die geschwungen wurden, eine wüste Hetze gegen Frankreich war. Der evangelische Pfaffe aus Auras sagte wörtlich: Unter der Fahne schwarz-weiß-rot sind wir 1914 in den Krieg gezogen und unter derselben Fahne sollen wir uns heut wieder vereinigen. Schwarz heißt Trauer, weiß Unschuld, Reue, Demütigkeit, Rot ist die Liebe; denn in der Schrift heißt es: Liebe deinen Nächsten. Aber wie sieht die Liebe aus, verhungerte Proletarier. Ein siegesbegeistertes Wort sagte er: Deutschland muß siegen, auch wenn wir sterben müssen. Natürlich meinte er nur die Proleten. Auch die „kampfeslustigen" Stahlhelmer aus Deutsch-Lissa und Goldschmieden waren bei diesem Volksfest mit selbst fabrizierten Handgranaten anwesend. Der „Kampf" begann bei einem 65jährigen Arbeiter, der selbst Mitglied dieses „Kriegervereins" ist, nur eine schwarz-rot-goldene Kokarde an der Mütze hatte, daß derselbe zu Boden gerissen wurde und nur durch das Dazwischentreten von Arbeitern und dem Ortspolizisten wurde verhindert, daß der alte Mann nicht noch verprügelt wurde. Die gesteigerte Kampfeslust endete schließlich mit dem Zerreißen des Anzuges des Führers des Kriegervereins. Vorher wurde die Einigkeit in großen Tönen gepriesen, aber das letzte Beispiel beleuchtet grell, wie diese Einigkeit aussieht.

Nebenbei sei noch bemerkt, daß sich Mitglieder der „völkerbefreienden" SPD. sehr mollig bei dem Stahlhelmkriegerverein fühlen und bei dem Parademarsch den Hakenkreuzlern den Rang ablaufen wollten. Sehr komisch wirkten die zerdrückten Parade-Uniformen und verrosteten Degen der alten wilhelminischen Feldwebels.

*

„Laßt die Ochsen arbeiten!"

Folgendes Zwiegespräch wurde während der Ernte von der Frau Gutsbesitzer Frey und ihrer Tochter geführt: „Sage einmal Mama, warum müssen denn die Leute bei der Arbeit so sehr schwitzen, während wir uns, wenn uns warm wird unter einem schattigen Baum uns ausruhen und Kühlung suchen." „Aber Kind, laß mich doch bloß mit diesem Gerede zufrieden." „Die Leute müssen aber doch den ganzen Tag so schwer arbeiten", fragte die Tochter. Darauf erwiederte die Mutter: „Die haben kein Menschen- sondern Ochsenfleisch." „Aber Mutter, daß sind doch dieselben Menschen wie wir." Darauf entgegnete die Mutter: „Hör! doch endlich einmal auf damit, Kind!" Dieses Gespräch wurde in Brandschütz, Kr. Neumarkt, geführt.

Landarbeiter, so denken Eure Ausbeuter über Euch! Schließt Euch zusammen im Deutschen Landarbeiterverband, werbet Mitglieder der Kommunistischen Partei, lest die kommunistische Presse und helft mit, dieses Ausbeutergesindel zum Teufel jagen. Heraus aus den Kriegervereinen, hinein in die Rote Front! Werbet Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes.

★ Parteiveranstaltungen ★

Breslau.

— Bezirk Ost. Bis 6. dieses Monats müssen alle Unterkassierer abgerechnet haben. **Stadtverordnetenfraktion.** Dienstag, abds. 7 Uhr Rathaus 7, 1. Etg. bei Belke Fraktionssitzung.

Hirschberg. Unterbezirk. Sonnabend, 10. 10. find. die Verlos. statt. Alle Ortsgr. haben bis dahin die Lose abzurechn. Verlosungs-Ort, Petersdorf in der „Hoffnung".

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

— Roter Jungsturm. Dienstag, den 6. Oktober, abends 7,30 Uhr, General-Mitgliederversammlung im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße.

Versammlungsanzeigen

IAH. Breslau, Mittwoch 7. Oktober, abds. 7,30 Uhr im Büro, Gartenstr. 46, pt. Funktionärbesprechung. Jeder Funktionär muß erscheinen.

Rote Hilfe. Sagan. Donnerstag, 8. 10. abds. 8 Uhr im „Volkshaus" Fischerstr. Öffentl. Kundgebung gegen die Klassenjustiz.

Forderungen der Breslauer Erwerbslosen

(Von unserem Erwerbslosen-Berichterstatter.)

Am Montag, den 5. d. Mts., berief der neugewählte Erwerbslosenrat eine Arbeitslosenversammlung in der Lessingturnhalle ein, die von 2000 Personen besucht war. Der Besuch war im Verhältnis zu der großen Zahl der Erwerbslosen in Breslau (20 000) schwach. Besonders die weiblichen Erwerbslosen waren schwach vertreten, obwohl sie ganz besonders unter der Arbeitslosigkeit leiden und vom Gesetz stiefmütterlich behandelt werden.

Nach der Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten und einer scharfen Abrechnung des Erwerbslosenrates Schorstein mit Heinze, Ramisch und Konsorten wurde die sich von Tag zu Tag verschärfende Notlage der Erwerbslosen eingehend behandelt.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„1. Wir Breslauer Arbeitslosen fordern vom Magistrat und Regierung die sofortige Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

2. Die Unterstützungssätze der Erwerbslosen sind mit sofortiger Wirkung um 50 Prozent zu erhöhen. Ab sofort werden gezahlt für Verheiratete 1,65 M., für Ehefrau 60 Pfg., für jedes Kind 40 Pfg. den Tag Unterstützung.

3. Krankenunterstützungsempfängern oder deren Familienangehörigen ist ein Zuschuß zu zahlen; für Erwachsene 1,— M., Kinder 50 Pfg. pro Tag.

4. Allen Erwerbslosen, die länger wie drei Wochen arbeitslos sind, wird sofort eine Wirtschaftsbeihilfe ausgezahlt. Dieselbe beträgt für Erwachsene: Ehemann 25 M., Ehefrau 15 M., für jedes Kind 5 M. Ledige Erwerbslose erhalten eine Beihilfe von 30 M.

5. Den erwerbslosen Familien wird für die Monate Oktober bis einschl. April 4 Zentner Kohlen pro Monat geliefert. Außerdem pro Kopf und Monat 60 Pfd. Kartoffeln.

6. Der Erwerbslosen-Familie wird während der Dauer der Arbeitslosigkeit die volle Miete gezahlt, ebenso solchen Erwerbslosen, die keinen eigenen Hausstand besitzen.

7. Solchen Erwerbslosen, die während des Jahres 1925 schon 26 Wochen arbeitslos sind, wird Bekleidung geliefert. In Zweifelsfällen ist der Erwerbslosenrat bei Entscheidungen hinzuzuziehen. Ebenso sind bei der Ausgabe der Kleidungsstücke Mitglieder des Erwerbslosenrates hinzuzuziehen.

8. Allen Erwerbslosen wird vom Konsumverein „Vorwärts“ während der Dauer der Arbeitslosigkeit pro Woche je ein Brot und für je zwei fernere Familienangehörige ein weiteres Brot geliefert. Die Verwaltung der Ausgabe unterliegt der zuständigen Zahlstelle.

*

1. Die vom Wohlfahrtsamt unterstützten Arbeitslosen fordern, daß die Unterstützungssätze des Wohlfahrtsamtes einheitlich gezahlt werden und nicht mehr solche willkürliche Abzüge vorgenommen werden, wie dies bis jetzt der Fall ist.

2. Wir fordern ferner, daß die unberechtigten Abzüge bei einem kleinen Verdienst der Ehefrau oder sonstiger Familienangehöriger in Wegfall kommt.

3. Gleichzeitig stellen wir den Antrag, die Karrenz auf die Ausgabe der Lebensmittelscheine wieder auf vier Wochen festzusetzen, da die neue Verfügung von zwei Monaten Wartezeit eine große Härte bedeutet.“

Nette Zustände auf der Viktorgrube

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Recht sonderbare Zustände herrschen auf dem zur Viktorgrube gehörenden Manauschacht. Schon vor einiger Zeit stellten die Betriebsräte in einer Betriebsratssitzung den Antrag, doch für die Steiger das Buch „Knigges Umgang mit Menschen“ zu bestellen. Wie notwendig dies ist, beweist folgender Vorfall. Am 28. September 1925 verlangte der Vorarbeiter Lomag vom Steiger Okrongli die Holzliste. Der benannte Steiger fragt, warum er am Sonnabend kein Holz erhalten hat. Lomag erwidert, das Holz sei in die Grube gekommen. Darauf brüllt der Steiger Okrongli zum Schalter heraus: „Sie dämliches Aas, ich hau Ihn' gleich eins in die Fresse!“ Der Vorarbeiter verwahrt sich dagegen, der Steiger schlägt den Schalter zu. Ungefähr dreißig Kumpels stehen im Wartesaal und sehen zu. Anstatt diesen frechen Patron zum Schalter herauszuziehen und ihm ganz gehörig das Fell zu verhauen, so wie er es verdient hätte, warten sie lieber, bis es ihnen das nächste Mal genau so geht. Es ist sogar schon vorgekommen, daß der Steiger Okrongli einen Hauer an der Gurgel gepackt hat, ja sogar sich an einem siebzehnjährigen Schlepper vergriff. (Pfui Deubel!) Selbst vor seinen eigenen Kollegen macht dieser Kerl nicht Halt, allerdings ist ihm dabei seine Brille in die Brüche gegangen. Wir raten dem Steiger, sich so schnell wie möglich mit Ersatzbrillen zu versehen, damit er bei passender Gelegenheit besser aus dem Schacht herausfindet, denn einmal trifft er die richtige Faust. Das Gymnasium, auf dem dieser Okrongli seine Bildung gelernt hat, muß eine wunderbare Erziehungsanstalt sein. Kumpels, wie lange wollt ihr euch das bieten lassen? Haltet zusammen, übt Solidarität! Wird einer von euch noch einmal so behandelt, dann alle ran und versetzt diesem Kerl eine ordentliche Tracht Prügel. (Anmerkung der Redaktion: Wir sind auch der Meinung, daß das die beste Medizin wäre.)

Ein Lichtstrahl ins Borsigwerk!

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Die Situation im Borsigwerk wird von Tag zu Tag für die Arbeiter immer unmäßiger. Von Rechten der Arbeiter ist fast gar nichts mehr zu sehen. Stahlhelm und Landesschützler beherrschen die Lage und schalten nach eigenem Gutdünken. Dafür nennen sie sich so stolz Werksgemeinschaft.

Sehr deutsche und völkische Heldengestalten mit Majors- und anderen Offizierstiteln schützen und bewachen die Interessen des Borsigkapitals und damit zugleich die Profite des von den teutschen Helden so sehr gehaßten „jüdischen“ Weltfinanzkapitals. Siegreich woll'n wir die Semiten schlagen, brüllen diese teutschen Heldengestalten, und schlagen gegen die Arbeiter los, wenn selbige dem Finanz- und Industriekapital an den Leib rücken.

Ja, so ist nun einmal die Welt, man schimpft auf die Juden und schützt die Geldsäcke der Raffkes.

Von Rechten der Arbeiterschaft keine Spur. Der Betriebsrat hält seine Sprechstunden während der Mittagspause ab, wenn die Proleten ihr karges Essen verzehren sollen. Dabei zeigt er sich noch so tapfer, daß er nicht einmal weiß, ob er laut das Wort Betriebsrat aussprechen soll aus Angst vor dem Unternehmertum. Kollegen vom Betriebsrat, es wäre höchste Zeit, daß ihr eure Schlappheit endlich mal ablegt.

Die Stahlhelmer des Borsigwerkes haben den Militärkoller bekommen. Ein Kriegervereinsfest jagt das andere. Schwarzweißrot ist Trumpf. Manche der „teutschen“ Heldengestalten können es sich nicht verkneifen, sich in der alten „Heldenfriedensuniform“ sehen zu lassen. Beim Fest in der Turnhalle kommandierte eine so aufgeputzte Vogelscheuche das Kommando „hinlegen“ und siehe da, — es gab noch Dumme genug, die solches befolgten. Man könnte solche Sachen noch Dutzende erzählen, jedoch wollen wir uns heute nur noch mit dem Fall des Herrn „Majors“ in seiner Eigenschaft als Häuserverwalter befassen.

Wer diesen Herrn zum Häuserverwalter des Borsigwerkes berief, der muß mindestens unter starken erotischen Anfällen und Halluzinationen leiden. Und der Herr „Major“ versteht sein Amt „ausgezeichnet“ auszuüben — nur nicht im Interesse der Arbeiter. Seiner Auffassung nach müssen die Menschen wie Soldaten in der Kaserne, wo doch bloß ein Geschlecht zusammengepfercht war, beieinander liegen und hau'en. Oder glaubt der Herr Major, daß er Anordnungen im Pferdestall trifft, wo die Gäule nebeneinanderstehen, so wie sie die Natur geschaffen hat.

Noch viele andere Sachen gibt es zu erzählen. Jedoch für heute genug. Nächstens mehr. Den Arbeitern des Borsigwerkes aber eine „kleine Mahnung“.

Ausbeuter, Schlichter u. Minister

Arm in Arm gegen Arbeiter

Wir haben folgende, für sämtliche Arbeiterkategorien hochwichtige neuere Tatsache:

1. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Schiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fällen lassen, der nicht mehr und nicht weniger als die zwölfstündige Schichtzeit (70-Stunden-Woche) festgelegt. Es ist klar, daß die mitteldeutschen Bergarbeiter und der Bergarbeiterverband dieser „schiedlichen Lösung“ und diesem Schlichterstab des Reichsarbeitsministers Widerstand ansagen mußten. Daher hat das Ministerium, diese „den wirtschaftlich Schwachen schützende Sozialbehörde“, wie die Ausdrücke der „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB. lauten, gleich zwei Tage nach Fällung des Schiedsspruchs seine Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen. Der Spruch hat damit auch formell den Charakter des Diktats erhalten. Er soll unkündbar sein bis zum 31. März 1926.

2. Laut Meldung der links-sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ vom 1. Oktober ist für die Leipziger Metallindustrie eine neue Festlegung der Arbeitszeit perfekt geworden, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 52 Wochenstunden, darüber hinaus noch weitere Mehrarbeitszeit gegen besondere Zuschläge bringt. Diese Regelung soll bis zum 31. März 1926 gelten.

3. Die letzte Lohnbewegung der Eisenbahnarbeiter hat mit einer glatten Ablehnung der Arbeiterforderungen durch die Reichsbahn-A.-G. geendet. Diese Dawesgesellschaft hat lediglich in einigen Bezirken mit ganz besonders niedriger Lohnlage eine Erhöhung um ein paar Bettelpfennige eintreten lassen. Das Reichsarbeitsministerium hat durch Schiedsspruch dies „Resultat“ und diese Aktion der Reichsbahn-AG. sanktioniert.

4. Dieser Tage haben die Spitzenorganisationen der Beamten beim Reichsfinanzminister allgemeine Gehaltserhöhung, einmalige Notstandsbeihilfe, Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses und allgemeine Vorausbezahlung der Gehälter auf einige Monate gefordert, da seit fast einem Jahr die Beamten bei steigender Teuerung unveränderte Gehälter haben. Der Reichsfinanzminister von Schlieben hat mit glatter Ablehnung geantwortet, sie mit dem „Erfolg“ der „Preissenkungsaktion“ dieser Regierung „begründet“ und mit allen Mitteln der gesalbten Rede die Beamten in die Papiere dieser „Preissenkung“ einzuwickeln versucht.

5. Eine ganze lange Reihe von Schiedssprüchen ist in letzter Zeit durch den „neutralen“ Schlichtungsapparat der Luther-Schlieben-Brauns-Regierung gefällt worden, siehe Waldenburg und Oberschlesien, die samt und sonders jede wirkliche Lohnerhöhung verweigerten und vor allem eine sehr langfristige Geltungsdauer (bis Frühjahr 1926) festlegten. Diese Schiedssprüche haben alle die „Begründung“, die „Preisabbauaktion“ der Regierung werde „erfolgreich“ sein und dürfe durch Lohnerhöhungen nicht „gestört“ werden.

Das sind Tatsachen, deren Reihe schon jetzt ziemlich vermehrt werden könnte. Regierung, Arbeitsminister, Schlichter vermehren diese Tatsachen in jeder Richtung von Woche zu Woche. Daß man es hier mit einer zielklaren, arbeiterfeindlichen Praxis zu tun hat, sieht jeder. Man kann alle diese Tatsachen auf einen einzigen Nenner bringen, sie auf eine einzige Generalformel zurückführen: **Festhaltung der Nominallöhne auf dem gegenwärtigen Niveau oder nur wertlose Lohnerhöhungen, die nicht einmal die Teuerung der letzten Zeit wettmachen; möglichste Verlängerung der Arbeitszeit, was selbst bei Ueberstundenzuschlag die Rate und Masse des aus der Arbeitskraft herausgepreßten unbezahlten Mehrwerts erhöht und auf die Dauer durch schärferen Verbrauch der Arbeitskraft das Lebensniveau der Proletarier indirekt senkt; endlich Festlegung dieser Lohn- und Arbeitsbedingungen auf lange Frist** (etwa 31. März 1926 usw.).

Das ist die Richtlinie, die Minister und Schlichter einheitlich verfolgen. Sie stimmt haarscharf überein mit dem programmatischen Inhalt der Meißingerschen „Aktennotiz“, d. h. des Geheimvertrags zwischen Ministerium und Arbeitgeberverband, der nun auch formell und ausdrücklich die Regierung, den Arbeitsminister und den Stab der Schlichter als Machtapparat der Unternehmerverbände gegen die Arbeiter entschleiert. Das Aktionsprogramm der „Aktennotiz“ gipfelte in der Parole, auf keinen Fall „der Tendenz des Lohnabbaus durch das Mittel des staatlichen Tarifzwangs entgegenzuwirken“; es ist darin ausdrücklich erklärt,

„daß es jetzt nur darauf ankäme, daß die staatlichen Schlichtungsstellen den Mut finden würden, durch Schiedsspruch die bestehenden Löhne zu verlängern.“

Dies Programm ist, wie wir oben durch Tatsachen zeigten, und wie auch der Bauarbeiterkampf erwies, bereits in Ausführung. Es kommt noch mehr hinzu. Genau zu dem Zeitpunkt, da die Zollgesetze formell und praktisch in Wirkung getreten sind und da zugleich die große Zahl der Tarifverträge abläuft, veranstaltet die Reichsregierung ihre „Preisabbau“-Aktion. Der Zusammenhang ist klar. Der ganze Schwindel ist nur ein Hilfsmittel zur Durchführung des in der „Aktennotiz“ formulierten Kampfprogramms gegen Lohn und Arbeitszeit. Das Schwindelmanöver des „Preisabbaus“ zusammen mit der langfristigen Bindung der Löhne und Arbeitsbedingungen durch die „neutralen“ Schlichtungsorgane soll dem Ausbeutertum bei gleichbleibenden Nominallöhnen und bei progressiver Teuerung eine automatische, progressive Senkung der Arbeitslöhne sicherstellen.

Realisierung der Zölle, daher steigende Preise für die Waren des Lebensmittelmarktes auf der einen Seite, sinkender Preis für die Ware Arbeitskraft auf der anderen Seite: darum geht es! Für die Durchsetzung der Zölle diente dem Ausbeutertum sein Parlament und seine Parteien, für die Durchsetzung des zweiten Schritts aber seine Regierung, sein Arbeitsministerium, sein „unparteiischer“ Schlichterstab als Exekutivorgane.

Bekanntlich will man diesen Feldzug gemäß der „Aktennotiz“ in einer solchen „Form“ durchführen, daß „die Gewerkschaften nicht das Vertrauen verlieren“. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gehen auf diese für das Ausbeutertum lebenswichtige „Form“ denn auch durchaus ein. Das ist an den Tatsachen ebenso wie an den Verlautbarungen der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse gleichfalls leicht zu erweisen. Ja, die auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß festgelegte Propaganda der „Wirtschaftsdemokratie“ ist geradezu die sozialdemokratische Willenserklärung, „die Gewerkschaften nicht das Vertrauen verlieren“ zu lassen. Das Breslauer Programm kann daher nur als Beweis für die in der „Aktennotiz“ festgelegte Kampftaktik des Ausbeutertums wirken. Das heißt aber, dem Kapital Vorschub leisten und das Proletariat in den Abgrund führen.

Landarbeiterlöhne

Ein Landarbeiter aus Ludwitz in der Lausitz berichtet: „Wir haben hier einen Lohn, der miserabel ist. Der Barstundenlohn beträgt 10 Pf. An Deputat erhalten wir im Jahre 24 Zentner Getreide und Wohnung, die schlecht genug ist. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 10 Stunden, bisher 10½ Stunden. Bei der Verhandlung in Kalau am 9. September wegen Akkordsätzen beim Kartoffelhacken kam nichts heraus. Wir forderten 50% Aufschlag zu den vorherigen Sätzen und zwar 20, 33 und 34 Pf. Die Arbeitgeber lehnten ab und erklärten, sie würden Richtlinien an ihre Mitglieder herausgeben, daß sie nicht mehr zahlen als 14, 16 und 18 Pf. Wir sind bereit, zu diesen Sätzen die Kartoffeln nicht zu ernten. Das muß aber dann im ganzen Kreis durchgeführt werden. Der Kreisleiter des DLV. hat auch versprochen, solche Anweisungen herausgehen zu lassen; hoffentlich hält er sein Wort. Wir sind hier 35 Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Gut beschäftigt und sind im DLV. organisiert.“ — Die übrige Landarbeiterschaft muß sich an den Kollegen in Ludwitz ein Beispiel nehmen, sich ebenfalls im DLV. organisieren, dann werden auch sie kampfesmutig den Gutsbesitzern entgegenzutreten vermögen.

*

Aus H. im Kreise Jauer schreibt uns ein Gutskorrespondent: „Liebe Genossen! Ich will euch einige Angaben aus meinem Lohnbuch machen und aus dem meiner Frau. Als Ackerkutscher einen Stundenlohn von 10½ Pf. Barlohn und meine Frau 14 Pf. Jetzt kommt für mich eine Erntezulage von 2,40 Mark pro Woche und für meine Frau 20 Pf. pro Tag hinzu. Meine Frau hatte 40 Arbeitsstunden und erhielt nach den Abzügen 5,88 Mark ausbezahlt und ich für 60 Stunden 7,90 Mark. An Deputat bekommen wir jährlich 16 Zentner Roggen, 4 Zentner Weizen, 3 Zentner Futtergerste, monatlich 3 Zentner Kartoffeln, wöchentlich ein halbes Pfund Butter, 0,8 Zentner Kohle, 0,5 Zentner Holz und täglich einen Liter Milch. Ich muß um 4 Uhr jeden Tag aufstehen und die Pferde füttern und putzen, um 6 Uhr beginnt die eigentliche Arbeit und endet um 7 Uhr abends. Dazwischen sind drei Stunden Pause, in denen natürlich noch die Pferde gefüttert werden müssen. Nach 7 Uhr heißt es wieder Pferde füttern, so daß um ¾8 Uhr endlich Feierabend ist. So geht es Tag um Tag, Jahr um Jahr. Es ist hier eine Zuckerfabrik und zwei Güter, mit 2000 Morgen Land — und alles gehört einem aus Berlin gekommenen Herrn Emade, der die Tochter des alten Besitzers geheiratet hat. Auf den beiden Gütern arbeiten ungefähr 40 Männer und 80 Frauen. Davon sind 35 organisiert im DLV.“

Donnerstag: Betriebs-Werbetag für die Kommunistische Presse